

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährl. 3,00 RM., monatl. 1,00 RM.,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus,
 domizilfähig. Einzelne Wochen-
 nummern 6 Pf., Sonntagsnummer
 mit illustrierter Beilage „Die Neue
 Welt“ 10 Pf. Fortsetzung: Monatlich
 1,50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2,50 RM., für das übrige Ausland 4 RM.
 monatlich. Postbestellungen nehmen
 an Dänemark, Holland, Dagestani,
 Schweden u. die Schweiz, Einleitungen
 in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt 1. die siebenstellige Rotamel-
 zelle 50 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das festgedruckte Wort 20 Pf. (zu-
 sätzlich 2 festgedruckte Worte), jedes
 weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeige
 und Schlafstellenanzeigen das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Zeitungsbekanntmachung
 Familien-Anzeigen 30 Pf.,
 politische u. gewerkschaftliche Betriebs-
 Anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin SW 63, Lindenstraße 3, ein-
 gegeben werden. Geschäftszeit von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Donnerstag, den 15. November 1917. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Worinplatz, Nr. 151 90-151 97. | Fernsprecher: Amt Worinplatz, Nr. 151 90-151 97.

Politische Krisen im Westen.

In Rußland keine Klarheit.

Painlevé gestürzt — Lloyd George wankt!

Painlevé gestürzt, das bedeutet wenig und ändert gar nichts. Lloyd George wankt, und die Blitze der ganzen Welt richten sich nach London. Painlevé ist nur eine Fußnote in der Geschichte des Krieges, Lloyd George aber ist ein Kapitel. Der Pariser Ministerwechsel ist ein Lokalereignis, die Londoner Krise hat weltpolitische Bedeutung.

Darum rasch vorweg einige Worte über Herrn Painlevé. Er war Kriegsminister unter Ribot, dann wurde er vor zwei Monaten Ministerpräsident und Ribot wurde unter ihm Minister des Aeußeren. Der wurde vor drei Wochen durch den noch weiter rechts stehenden Barthou ersetzt. Denn da der ursprünglich radikale Herr Painlevé nicht die Unterstützung der Sozialisten fand, mußte er es rechts herum probieren, aber so ging es eben auch nicht. Die Kammer, die seine auswärtige Politik soeben erst mit einem dünnen Vertrauensvotum hatte passieren lassen, bockte auf, als der Ministerpräsident die Vertagung der Interpellationen über die schwebenden Skandale auf den 30. November verlangte. Die Vertagung wurde abgelehnt mit einer größeren Mehrheit als jener, von der das Vertrauen bewilligt worden war, und Herr Painlevé ging.

In Frankreich unterhält man sich jetzt damit, daß die einen von den anderen sagen, sie seien von Deutschland gefaßt, während diese anderen wieder von ihren Anklägern behaupten, sie wären Verführer gegen die Republik. Offenbar sind beide Beschuldigungen gleich unsinnig, aber beide Parteien demütigen sich gegenseitig bei der Regierung, die verhasst, haussucht, Protokolle schreibt und es sich pünktlich mit beiden Seiten verdirbt. Man würde sich auch mit dieser Kampfesart, deren leidendes Objekt schließlich nicht nur die Regierung, sondern das Land selbst ist, versöhnen können, wenn nur — wie es noch in der Drehfus-Affäre der Fall war — durch den Dunst der Skandale das Licht einer großen Idee blinkte. Aber, was jetzt aus Frankreich aufsteigt, und in dessen Wolken Painlevé verschwindet, ist Dunst ohne Licht und Skandal ohne Idee.

Der „Havas“-Bericht meldet feierlich: „Die Mitglieder der Regierung verlassen inmitten großer Bewegung den Saal.“ Diese Bewegung wird sich kaum Frankreich und gewiß nicht der Welt mitteilen, die ruhig wartet, wer nun an der Reihe ist, Briand oder Viviani, Clémenceau oder — — Albert Thomas! Von keinem dieser Männer, leider auch vom Sozialisten nicht, erwartet sie viel Gutes.

Wenn aber jetzt Lloyd George fällt — es ist noch nicht so weit, aber nicht mehr weit davon — dann gestaltet sich vielleicht etwas Neues. Dieses Neue braucht noch nicht der Frieden zu sein und wird noch nicht der Frieden sein. Vielleicht aber wird es ein Stück Weg zu ihm. Und auf alle Fälle ergibt die neue Kabinettsbildung ein interessantes politisches Problem. In England regt es sich, Machtverschiebungen bereiten sich vor, drängende Kräfte suchen die Bahn ins Freie: vor ihnen aber lag bisher das Kabinett Lloyd George als ungeheures Hindernis.

In der englischen Presse rast ein Sturm über die letzte Pariser Rede des Premiers. Und es ist in erster Linie die konservative, die militaristische Presse, die ihn wegen seiner allzu großen Offenheit mit wilden Vorwürfen überhäuft. Es scheint, daß man drüben Fehler, die begangen werden, leichter erträgt, als Fehler, die eingestanden werden. Die Nervosität, mit der die öffentliche Meinung Englands durch die militärischen Mißerfolge der Entente geladen ist, macht sich in elementarer Weise Luft — rechts wie links. Denn von der andern Seite greift die liberale Presse Lloyd George an, weil er bei der Bildung des Kriegsrats das Parlament vor eine vollendete Tatsache gestellt und weil er seinen Vorgänger, Asquith, in ungerechter Weise mit der Schuld an den trügerischen Mißerfolgen beladen hat.

Wie die Liberalen zu ihrem einstigen gefeierten Führer stehen, lehrt schon der Kuriose Prozeß, über den wir vor einigen Tagen berichtet haben. Acht liberale Zeitungen, darunter Blätter von der Bedeutung der „Daily News“ und der „Westminster Gazette“, waren angeklagt, weil sie gegen Lloyd George den Vorwurf erhoben hatten, er sei bei einem der letzten deutschen Luftangriffe plötzlich von der Notwendigkeit befallen worden, eine sehr eilige Reise aufs Land anzutreten. Durch eine gemeinsame Ehrenerklärung retteten sich die liberalen Redakteure vor der in England sehr hohen Strafe wegen Beleidigung. Aus dem Angriff selbst aber erkennt man, bis zu welchem Grade sich der liberale Haß gegen den abtrünnigen Diktator verdichtet haben muß.

Was nun aus Lloyd George wird, wissen wir nicht. Wir wissen nur, daß in einem so „unfreien“ Land wie Deutschland kein Staatsmann einem solchen Sturm der öffentlichen Meinung zu widerstehen vermöchte, und wir haben Beweise dafür. Freilich ist der tapferhaft gewandte Lloyd George ein ganz anderer Gegner im politischen Ringkampf als der ungeschickte Draufgänger Helfferich oder der kümmerliche Herr Michaelis. Aber Lloyd George hat längst sein bestes Kapital, seinen Anhang in den Massen, verspielt und schwankt wurzellos hin und her. Seine beste Stütze hat er mit Henderson verloren, und seine Regierung ist eigentlich nur noch ein konservatives Kriegskabinet mit einem pseudoliberalen Einschlag.

Kommt das Erbe Lloyd Georges zur Aufteilung, dann wird der englische Liberalismus seine Ansprüche erheben müssen, und er wird sich vielleicht dessen erinnern, daß er beim Ausbruch des Krieges regierende Macht war. Allerdings ist heute nur ein kleiner Teil dieses Liberalismus einem Verständigungsfrieden zugeneigt, aber nicht mit Unrecht erblickt gerade dieser Teil in Lloyd George seinen gefährlichsten Widersacher. Denn Lloyd George fällt, so fällt er deshalb, weil er den weisesten Grundsatz der englischen Politik verlassen hat: den Erfolg im Bund mit den Mächten der Zukunft zu suchen. Die große Macht der Zukunft ist der internationale Sozialismus, zu den Mächten der Zukunft gehört aber auch trotz aller Vernichtungsvorwürfe das deutsche Volk. Beiden hat Lloyd George den Kampf auf Tod und Leben geschworen, er hat aber gegen beide nur geredet, ohne sie besiegen zu können. Er hat das gettliche Gut des englischen Liberalismus, dessen Führer er einst war, verschleudert, und er hat es so weit gebracht, daß England heute weniger freihändlerisch, weniger den großen Gedanken des Fortschritts zugeneigt erscheint als Deutschland. Nicht er und seine konservativen Kollegen, sondern seine entschlossenen Gegner von der äußersten Linken, die das Banner des Weltfriedens entfaltet haben, führen den entscheidenden Kampf um die Stellung Englands in der Welt.

Für den Frieden!

Im Anschluß an den Würzburger Parteitag hat der Parteivorstand einen Aufruf an die Parteigenossen veröffentlicht, in dem zur Einberufung von Versammlungen aufgefordert wurde. In diesen Versammlungen sollte Stellung genommen werden für einen Frieden der Verständigung, und außerdem sollte abgerechnet werden mit der sogenannten Vaterlandspartei. In allen Teilen des Reichs haben inzwischen zahlreiche, von vielen Tausenden Männern und Frauen besucht gewesene Versammlungen stattgefunden, die sich mit erhebender Einmütigkeit auf den Boden der Reichstagsresolution für einen Frieden der Verständigung und Versöhnung ausgeprochen haben und außerdem die Demokratisierung des Reichs mit Entschiedenheit forderten. Das Erfreuliche in allen angenommenen Entschlüssen war die Klarheit, mit der der Frieden ohne Annexionen und Kontributionen gefordert wurde, ohne Rücksicht auf die militärische Situation. Das heißt: die deutsche Arbeiterschaft will grundsätzlich nichts wissen von irgendwelcher Vergewaltigung.

Weitere Versammlungen finden jetzt statt. Die neuesten Ereignisse in Rußland müssen uns veranlassen, alle weiteren Versammlungen besonders eindrucksvoll zu gestalten und die Solidarität mit den russischen Genossen, die einen sofortigen Waffenstillstand und einen baldigen Frieden verlangen, klar und deutlich bekunden.

Der angebliche Sieg Kerenskis. Menschewistische Befürchtungen.

Stockholm, 14. 11. (Fig. Drahtber. d. „Borio.“)
 Die von Entente-Seite ausgegebene, anscheinend den Tatsachen vorauseilende Meldung vom Siege Kerenskis weckte großen Jubel besonders bei den zaristischen Emigrierten, welche neuentstet fieberhaft in Verbindung mit der russischen Diplomatie in den Ententeländern und mit den dortigen Regierungen an der Organisation des reaktionären Staatsstreichs arbeiten. Dagegen tritt bei den besonnenen Menschewiks trotz aller Erbitterung über Lenins Politik zugleich mit der Befürchtung, daß die

siegreiche Reaktion mit allen Revolutions-Erregenschaften aufräumen werde, das Gefühl hervor, daß es das Proletariat ist, welches jetzt in Petersburg blutet, und daß der Triumph der Kosaken die historische Niederlage des internationalen Proletariats bedeute, gleich der Pariser Kommune.

In diesem Sinne spricht sich Krelrod aus, welcher den Bolschewiks jetzt vorwirft, durch ihre Laft die Niederlage zu verschulden, aber vor allem das Unheil eines reaktionären Sieges voraussieht. Das Tragische der Situation stellt sich darin dar, daß der Leninismus im Widerspruch steht zu dem sozialen Stadium Rußlands; andererseits müßte die Koalitionspolitik, an welcher die Menschewiks trotz aller Erfahrungen festhielten, den Friedensdrang der Volksmasse unbefriedigt lassen. Aber auch die Reaktion werde durch die Volksleiter, welche dem Krieg und der Desorganisation des gesamten wirtschaftlichen und Staatslebens entsammen, nicht behoben werden können. Wahrscheinlich wird sich der Volkszorn noch anderwärts lenken, beispielsweise auf die Juden.

Jedenfalls findet der Optimismus, mit welchem Gungmans in einem heutigen Interview, das er mit dem Vertreter der Petrograder Telegraphen-Agentur hatte, Lenins Sturz für die Friedenspolitik der koalitierten Demokratie begründet, in russischen sozialistischen Kreisen kaum Zustimmung.

Der Bolschewistenfieg bei Jarosko Selo.

London, 13. November. (Neuermeldung.) Folgendes ist der vollständige Bericht über die angebliche Niederlage Kerenskis, wie er in einem drahtlosen Telegramm gemeldet wurde:

Western hat die revolutionäre Armee nach einem erbitterten Kampfe bei Jarosko Selo die gegenrevolutionären Truppen unter Kerenski und Kornilow vollständig besiegt.

„Im Namen der revolutionären Regierung befehle ich, allen Feinden der revolutionären Demokratie Widerstand zu bieten und alle für die Verhaftung Kerenskis notwendigen Maßnahmen zu treffen. Auch verbiete ich ähnliche abenteuerliche Unternehmungen, die das Gelingen der Revolution und den Triumph der revolutionären Armee in Gefahr bringen.“

gez. Murawjew,
 Oberbefehlshaber der gegen Kornilow kämpfenden Truppen.“

Die Nacht vom 12. November wird in der Geschichte fortleben. Auf Kerenskis Versuch, gegenrevolutionäre Truppen gegen die Hauptstadt vorzücken zu lassen, ist eine entscheidende Antwort gegeben. Kerenski zieht sich zurück und wir ergreifen die Offensive. Die Soldaten, Matrosen und Arbeiter von Petersburg wissen, daß sie mit den Waffen in der Hand ihrem Willen und der Demokratie zum Siege verhelfen müssen, und sie werden das tun. Die Bourgeoisie hat getrachtet, die Armee von der Revolution zu scheiden. Kerenski hat versucht, sie durch die Macht des Kosakentums zu vernichten. Beide Versuche sind mißglückt.

Arbeiter und Bauern! Der große Gedanke der Oberherrschaft der Demokratie hat alle Ränge in der Armee vereinigt und ihren Willen gestählt. Das ganze Land wird sehen, daß die Herrschaft des Sowjet nicht nur vorübergehender Natur ist, sondern eine unabänderliche Tatsache, und daß sie die Hebermacht der Arbeiter, Soldaten und Bauern bedeutet. Kerenski Widerstand leisten, heißt den Grundbesitzern, Bourgeois und Kornilow Widerstand leisten. Kerenski bekämpfen bedeutet auch die Befestigung des Rechts des Volkes auf Frieden, Freiheit, Land, Brot und Nacht.

Die Truppenabteilung aus Pulkowa hat durch einen tapferen Schlag die Sache der Revolution der Arbeiter und Bauern gestärkt. Es darf keine Rückkehr zur Vergangenheit mehr geben. Wir müssen noch kämpfen und uns aufpassen, um die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, aber der Weg ist frei und der Sieg sicher. Das revolutionäre Rußland und die Sowjets haben ein Recht darauf, auf ihre Pulkowa-Abteilung, die unter dem Befehl des Obersten Walden stand, stolz zu sein. Laßt uns alle Zeit der Gefallenen gedenken und die Kämpfenden verherrlichen! Lang lebe das revolutionäre, demokratische und sozialistische Rußland!

Im Namen der Volkskommissare
 gez. Trotski.“

„Die Bande von Verrätern.“

Faßt man die weiteren Meldungen über den Kampf bei Jarosko Selo zusammen, so ergibt sich, daß Kerenski, wie immer das Treffen verlaufen sein mag, das Ziel nicht erreicht hat, in Petersburg einzudringen. Die Wirkungen des Bolschewistenfieges, die von der Entente ge-

fürchtet werden, haben also in Russland und in den Ländern der Alliierten noch immer freies Spiel. Da der Versuch, durch beschleunigte Siegesmeldungen den Andrang der gefährlichen Wirkungen niederzuhalten, vorläufig mißlungen ist, hilft die Entente sich für heute mit folgender Kundgebung:

London, 14. November. Das neuterische Bureau verbreitet folgende Mitteilung: Amtliche Kreise in London können die Kunde von Verrätern, die zeitweilig in Petersburg die Oberhand bekommen haben, nicht anerkennen.

Dah diese Tonart im aufgewühlten Russland einen Eindruck machen könnte, der für England vorteilhaft ist, werden die amtlichen Kreise in London" scharflich annehmen. Die nächste Folge ihrer Kundgebung dürfte logischerweise sein, daß Vorträger Buchanan schleunigst die oft gemeldete Abreise aus Petersburg nunmehr verwirklicht.

Wollte Kerenski bei Gatschina verhandeln?

Kopenhagen, 14. November. Die Nachrichten aus Petersburg lauten immer widerstreitender, jedoch vertritt sich der Eindruck immer mehr, daß die Resolutionen, die gestern von Entente Seite in Stockholm über angebliche Siege Kerenski und Kornilow in Petersburg verbreitet wurden, zum mindesten stark übertrieben sind. Die letzten Nachrichten, die über Gapsaranda aus Russland eingegangen sind, besagen vielmehr, daß Lenin nach Herr in Petersburg ist, und daß die Kämpfe um die Hauptstadt andauern.

Stockholm, 14. November. Ueber die Vorgänge in Petersburg verläutet immer noch nichts Zuverlässiges. Die telegraphische Verbindung mit der russischen Hauptstadt ist seit gestern nachmittags 4 Uhr wieder völlig unterbrochen. Aus den verschiedenen Berichten in schwedischen Zeitungen läßt sich nicht erkennen, wer Sieger in dem Kampfe um die Herrschaft geblieben ist. Nach einer Quelle sind die Bolschewiki von Kerenski geschlagen, dem es gelungen sei, sich mit Kornilow und Kaledin zu vereinen. Im Widerspruch hierzu erzählt "Stockholms Tidningen", Kerenski habe endgültig das Spiel verloren, weil er sich bei seinem Vormarsch gegen Petersburg auf Verhandlungen eingelassen habe. Er stehe noch in Gatschina, während sich die Bolschewiki zur Verteidigung Petersburgs rüsteten.

Kopenhagen, 14. November. Der Berichterstatter von "Berlingske Tidende" meldet aus Gapsaranda: Ein Manifest, das von Kerenski, Kaledin und Kornilow unterzeichnet ist, erklärt, daß Moskau und Nowoi-Sibirsk die zukünftigen politischen Mittelpunkt des Reiches sein werden. Nowoi-Sibirsk, weil dieses die alte Kasakenhauptstadt war. Ferner sind Gerichte verbreitet, daß die Kasaken Kiew besetzt haben.

Daß England, der Beherrscher des Weltmarkts, das Neueste anbietet, um dem für sein Ziel schlimmsten Eindruck der Nachrichten über die Ausdauer der Bolschewikentregierung entgegenzuarbeiten, dürfte aus folgendem Telegramm des zu jedem Dienst bereiten Neutербureau zu ersehen sein:

London, 14. November. Neuter erzählt, daß an maßgebender Stelle ein vom 13. November datiertes Telegramm aus Stockholm eingetroffen ist, das besagt: Das russische Telegrammbureau teilt mit, daß Kerenski jetzt in Petersburg ist und so gut wie die ganze Stadt besetzt hat. Moskau ist das Hauptquartier der vorläufigen Regierung. Die Bolschewiki behaupten nur noch einen kleinen Teil Petersburgs. Sonst ist ganz Russland in den Händen der vorläufigen Regierung. Die Kasaken haben die rote Garde aufgerieben.

Da alle denn die Entente alles, was ihr Herz in diesem Augenblicke ersehnen mag. Aber so viel Erfolge auf einen Schlag sind denn doch nicht so leicht zu glauben.

Die Entscheidung in Moskau.

Basel, 14. November. Nach einer Londoner Havasmeldung berichtet die Zeitungen aus Petersburg, daß in Moskau nach dem Kampfe, der 700 Opfer kostete, die Gegner ein Abkommen schloßen auf der Basis der Schaffung einer sozialistischen Regierung, die auch Maximalisten aufweisen soll. Der Militärgouverneur nahm diesen Vorschlag an.

In Petersburg gab es 600 Tote. Der Gemeinderat verurteilt weiteres Interventions zu verhindern, indem er überallhin Emissionäre schickt.

Ministerium Painlevé gestürzt.

Der gemeinsame Kriegsrat und die Generalstabsfrage. Die Interpellation über die gerichtlichen Zwischenfälle.

Paris, 13. November. (Havasmeldung.) Nach Besprechung von Interpellationen über die diplomatische und militärische Lage nahm die Kammer mit 230 gegen 192 Stimmen eine Vertrauensabstimmung für die Regierung an. Die Regierung forderte sodann die Vertagung der Interpellationen über die gerichtlichen Zwischenfälle. Die Kammer lehnte die Vertagung mit 277 Stimmen gegen 186 ab und brachte hierdurch die Regierung in die Minderheit. Nach Schluß der Kammer trat das Ministerium zurück.

Aus der bewegten Sitzung sei auf Grund einer Havasmeldung folgendes mitgeteilt: Ministerpräsident Painlevé verließ in der Kammer eine Erklärung, welche beginnt:

Schwerwiegende Ereignisse der letzten Zeit verpflichten die Regierung, eine Erklärung abzugeben. Einerseits haben sich die Extremisten von Petersburg dieser Stadt vorübergehend bemächtigt. Obgleich die letzten Nachrichten anzunehmen gestatten, daß die einseitige Regierung ihre Macht hat wieder herstellen können, werden die Rückwirkungen dieser Erschütterung doch noch einige Zeit fühlbar sein. Andererseits hat die verhältnismäßige Bewegungsfreiheit an der Ostfront, welche die russischen Heere den deutschen Heeren gelassen haben, den letzteren erlaubt, viele Divisionen auf den italienischen Kriegsschauplatz zu entsenden; die italienische Nordostfront ist unter noch nicht aufgearbeiteten Umständen durchbrochen worden, und die zweite italienische Armee, die einige Wochen zuvor auf der Hochfläche von Bainsizza einen glänzenden Sieg erfochten hatte, hat auf ihrem beklagten Rückzuge erhebliche Verluste erlitten. Venetien stand dem feindlichen Einbruch offen. Diese ernste und unerwartete Lage verlangt sofortige Maßnahmen, und eine solche muß auf einen Auf zu warten. Sind französische Truppen herbeigeeilt und haben ihren Platz an der italienischen Front eingenommen mittels einer Bewegung, deren schnelle und genaue Ausführung die Bewunderung aller, die davon haben Kenntnis nehmen können, erregt. Heute erglänzen sich nun englische Truppenmassen jenseits der Alpen.

Painlevé stellte fest, daß im Augenblick der größten Schwierigkeiten keine Minute verloren werden sei, und daß die Seelenstärke und das ruhige Urteil des französischen Volkes sich darin gezeigt hätten, daß kein Tadel dagegen sich erhoben habe, daß Frankreich mit dem Feinde im Lande Tausende von Bundeskindern außer Landes sende, daß vielmehr die Bündnispflicht diese Truppenführung auf einen von jeher für Frankreich ruhmvollen Kriegsschauplatz erfordert hätte. Das Schreiben, eine einheitliche

Artilleriefener in Flandern — Sturmgewinne in den Sieben Gemeinden — Primolans und Feltre besetzt.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 14. November 1917. (W. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.

In Flandern lebte das Artilleriefener erst am Abend wieder auf; es nahm bei Dignade und nördlich von Paschendaele erhebliche Stärke an.

Ostlicher Kriegsschauplatz

und

Mazedonische Front

nichts Besonderes.

Italienische Front.

In den Sieben Gemeinden erklimten unsere Truppen tiefversteckte Höhenstellungen der Italiener östlich von Asiago und das Panzerwerk auf dem Monte Visser.

Primolans und Feltre sind in unserem Besitz.

Längs der unteren Piave Artilleriefener.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 14. November 1917, abends. Amtlich.

Im Westen und Osten keine größeren Kampfhandlungen.

In Italien erfolgreiche Kämpfe im Gebirge.

Der österreichische Bericht.

Wien, 14. November 1917. (W. T. S.) Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Unsere Truppen sind gestern in Feltre eingerückt.

Weiterwärts des Sugauer-Tales hat die Armee des Feldzeugmeisters Grafen Scheuchensuel die in den letzten Tagen erzielten Erfolge mächtig ausgebaut. Ihre Divisionen erreichten Primolans und erklimten, nachdem sie vorgestern den Monte Longara genommen hatten, bei hohem Schnee mehrere Verteidigungsanlagen östlich von Asiago und das Panzerwerk auf dem Monte Visser.

Die gegen Italien kämpfenden verbündeten Streitkräfte stehen somit von der Adria bis zum Pasubio überall auf feindlichem Boden.

Am Ledro-See warfen unsere Stoßtruppen den Feind aus zwei Stützpunkten, wobei Gefangene und Maschinengewehre in unserer Hand blieben.

Im Osten und auf dem Balkan nichts von Belang.

Der Chef des Generalstabes.

Front zu schaffen, habe nunmehr zur Vereinfachung der Kriegertätigkeit Englands, Frankreichs und Italiens in einem gemeinsamen Obersten Kriegsrat

geführt, dem die Vereinigten Staaten sich zweifellos anschließen würden. Verhandlungen über eine ähnliche Einrichtung würden mit England und Japan geführt. Dieser Oberste Kriegsrat, sagte Painlevé, soll nicht die Einzelheiten der Kriegsoperationen vorschreiben, sondern die allgemeine Kriegspolitik leiten und die gemeinsamen Pläne der Alliierten entwerfen und ihren Hilfsquellen und Mitteln dergestalt anpassen, daß diese die größtmögliche Leistung ergeben.

Gegenüber dem Einwurf, daß man nicht eine beratende Körperschaft, sondern ein einheitliches Oberkommando gebrauche, erklärte Painlevé, bei einem so schwierigen Gegenstande sei es klug, sofort das Mögliche ins Werk zu setzen, anstatt monatelang auf das Bessere zu warten; werde ein einheitliches Oberkommando eines Tages möglich, so werde es gerade solchen Generalstab nötig haben, wie er jetzt gebildet sei, und vielleicht werde gerade dieser in seiner Tätigkeit tatsächlich, wenn auch nicht dem Namen nach, die Einheit des Kommandos verwirklichen.

Aber nicht nur auf dem militärischen, sondern auf allen Gebieten, besonders dem wirtschaftlichen, suchte die Regierung eine planmäßige Zusammenarbeit und völlige Einheit der Ziele mit den Alliierten zu erreichen; die schwebenden Verhandlungen mit England sollten dies hinsichtlich der Verpflegung beider Länder, Italiens und der anderen europäischen Alliierten ermöglichen, und ein Einverständnis darüber sei bereits erreicht: die beiden Länder würden hinsichtlich der Verpflegung mit den notwendigen Lebensmitteln einheitlich behandelt werden. Den vorläufigen Maßregeln für die rote des Augenblicks werde ein gemeinsames planmäßiges Vorgehen folgen, welches die notwendige Sparsamkeit voraussetzt, jede plötzliche Schwierigkeit auszuweichen werde. Außerdem, fügte Painlevé hinzu, ist Sparsamkeit unbedingt nötig, um Schiffraum für die Ueberführung amerikanischer Truppen freizumachen.

Die Mitarbeit der Vereinigten Staaten

an dieser Politik gemeinsamer Arbeit erklärte Painlevé für unentbehrlich, militärisch wie wirtschaftlich, und bestimmt werde das große amerikanische Volk an der nächsten Konferenz der Alliierten teilnehmen; sein Vertreter, Oberst House, werde helfen, endlich die Einheitspolitik des Vorgehens auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet zu erreichen, in derselben Gesinnung, die Frankreich bei den Verhandlungen über die Wodade, diese fürchtbare Waffe, aus der die Alliierten nun endlich vollen Nutzen zu ziehen gedächten, und über die Herstellung von Kriegsmaterial und Flugzeugen gezeigt habe. Es habe langer Bemühungen der gegenwärtigen und früherer Regierungen bedurft, um die sich nahe befindenden und verwinkelten Pläne, die sich bald überschneiden, bald Lücken ließen, zusammen zu stimmen, aber jetzt würden die großen Mittel, welche die Beteiligung Amerikas am Kriege freige macht hätten, planmäßig verwandt, so daß die Alliierten in kürzester Frist neue Heere ausrüsten könnten.

Painlevé trat für die heilige Einigkeit zwischen den alliierten Völkern ein und erklärte schließlich, er nehme jede Interpellation diplomatischer oder militärischer Natur an, weigere sich aber, Fragen der inneren Politik zu erörtern.

Abel Ferry sagte, die Bildung eines gemeinsamen Generalstabes der Alliierten zielt nur auf die Herstellung einer gemeinsamen Geheimkanzlei der Alliierten ab. Die Einheit der Handlungen werde man nur durch die Verschmelzung der Streitkräfte und die gemeinsame Organisierung der englisch-französischen Front erlangen. Bis jetzt sei sie künstlich in zwei Teile gespalten. Weder erinnerte an die Anstrengungen Frankreichs zur Unterstützung der Alliierten und forderte die

Kammer auf, zu sagen, ob die gegenwärtige Regierung würdig sei, Frankreich zu vertreten. Der Abgeordnete Diagne warf Painlevé Unentschlossenheit vor. Millerand bemerkte, jedermann kenne den Generalstabschef, der die deutsche Offensive gegen Italien leitete, und fragte, wann die Entente sich entschließen werde, die Führung der Operationen einem

Generalstabschef

anzuvertrauen. (Beifall auf verschiedenen Banken, Widerspruch auf der äußersten Linken.) Millerand erklärte weiter, wenn das Kriegskomitee ein Auskunftsorgan sein sollte, so habe seine Errichtung keinen Beifall. Aber wenn es die Leitung der Operationen haben sollte, so mißbillige er sie. Ein Rat der Vertreter der Alliierten würde für die Leitung der Operationen die gleichen Mängel haben wie das Kriegskomitee, außerdem aber noch andere Nachteile. (Beifall auf verschiedenen Banken, Widerspruch auf der äußersten Linken.)

Renaudel forderte Painlevé auf, die Kammer die Politik wissen zu lassen, die er in London und Italien betreiben habe. Painlevé antwortete, die Kammer solle selbst erklären, ob die Regierung die nötige Autorität habe, um Frankreich auf der gemeinsamen Konferenz der Alliierten zu vertreten. Der gemeinsame dauernde Generalstab der Alliierten werde sich nicht mit den Einzelheiten der militärischen Operationen befassen und solle nicht die Rolle eines Oberkommandierenden spielen, er werde vielmehr die Zentralstelle der möglichst vollständigsten Erkundungen sein, das

Kontrollbureau der Anregungen

und das technische Werkzeug für den Obersten Kriegsrat, er werde die Auffassungen der verschiedenen Regierungen einander nähern, um sie in dem einheitlichen Kampfe miteinander zu vereinigen. Wenn dieser dauernde Generalstab bestanden hätte, würden die Nebenfronten vielleicht nicht vernachlässigt worden sein. Painlevé fährt fort: Selbst wenn wir die Ernennung eines Oberbefehlshabers erreichen würden, könne dieser doch nur mit dem ständigen gemeinsamen Generalstab zusammenarbeiten. Painlevé sprach über seine Reise nach London und erklärte, daß er sich dort mit der Verpflegung des Landes beschäftigt habe. Er fuhr fort: In Italien haben wir eine peinliche Lage vorgefunden, die sich von Stunde zu Stunde änderte, und die Hilfe beschloßen, welche wir unserem Verbündeten, unserer italienischen Schwester in der schwierigen Lage, in der sie sich befindet, bringen müssen. Painlevé schloß, indem er die Kammer aufforderte, ohne jedes Kameradschaftsgefühl und in voller Freiheit ihr Urteil abzugeben.

ob die Regierung die nötige Autorität habe,

Frankreich auf der gemeinsamen Konferenz zu vertreten.

Lergnier fragte, wozu die Einheit der Front bestehe, wenn bei den Alliierten die alten Jahrgänge nicht aufgerufen worden seien, während die alten französischen Jahrgänge nicht entlassen werden könnten. Painlevé antwortete, man könne jetzt nicht daran denken, Soldaten von der Front zu nehmen, aber die Maßregel sei nicht endgültig. Man verfolge mit Bezug auf den Mannschaftserfab die Politik, die allen Alliierten gemeinsam sei.

Pierard nahm die Kammer mit 230 Stimmen gegen 192 die Tagesordnung Gardet an, die von der Regierung angenommen worden war.

Accambray wünschte sodann, den Kriegsminister über die Schmachungen, die gegen ihn vorgebracht worden seien, zu befragen. Painlevé erklärte, daß die genaue Untersuchung Accambray von allen Beschuldigungen gereinigt habe. Accambray antwortete, daß er die Bestrafung der Schuldigen erwarte. Die Kammer ist sehr erregt. Die Rechte wirft Accambray vor, daß er in der Abwesenheit von Harnegarans rede, der doch der Ankläger Accambrays gewesen sei. Endlich unter großem Lärm verabschiedet Accambray seine Interpellation bis nach Beendigung der Untersuchung.

Auf der Tagesordnung standen darauf Interpellationen über innere Politik und über verschiedene schwebende gerichtliche Verfahren. Painlevé verlangte, daß die Festlegung des Zeitpunktes dieser Interpellationen bis nach der Konferenz der Alliierten verschoben werden solle. Inmitten des Lärms verlangten verschiedene Abgeordnete eine sofortige Diskussion. Painlevé bestand auf der Festlegung der Interpellationen auf den 30. November und stellte die Vertrauensfrage.

Die Vertagung der Interpellationen wurde mit 277 Stimmen gegen 186 abgelehnt. Die Mitglieder der Regierung versichern inmitten großer Bewegung den Saal.

Paris, 13. November. Der Senat nahm die von Solo verlangte Aufhebung der parlamentarischen Immunität des Senators Charles Humbert an.

Dressfestum gegen Lloyd George.

Amsterdam, 14. November. "Algemeen Handelsblad" meldet aus London vom 13.: Die Pariser Rede Lloyd Georges hat im Parlament und im Publikum außerordentlich große Aufregung verursacht. Die Parlamentsberichterstatter der Blätter erklären, daß die Rede den ausschließlichen Gesprächsstoff in den Wandelgängen des Parlaments bildete. Die Ansichten darüber gehen auseinander. Einige sind der Meinung, daß, wenn eine solche Rede überhaupt notwendig war, sie in einer geheimen Sitzung des Unterhauses hätte gehalten werden müssen. Andere erklären, daß Lloyd George für die Verbündeten gesprochen habe. Der Premierminister, der jetzt wieder in London ist, wird morgen im Unterhause erscheinen. Wahrscheinlich wird er eine Erklärung abgeben. Die Blätter schwanken vorläufig noch und wissen nicht, wie sie sich stellen sollen. Im allgemeinen scheint man der Ansicht zu sein, daß die Stellung des Premierministers erschüttert ist.

Nach "Nieuwe Rotterdamse Courant" schreibt das liberale Abendblatt "Star" in einem Beitrag über die Rede Lloyd Georges: Die britische Armee hat unbeschränktes Vertrauen zu Haig und Robertson. Es ist nicht verständig, an diesem Glauben an ihre Führer zu rütteln. Infolgedessen hatten wir die Rede Lloyd Georges für einen bedauerlichen Fehler. Sie ist hysterisch, rhetorisch ungenau und voll von Widersprüchen. Seine Erklärungen stimmen nicht, seine Behauptungen können die Probe einer kritischen Analyse nicht vertragen. Lloyd George sagte: "Ich bin ungefähr der einzige Minister, der von Anfang an dabei gewesen ist." Warum ist er nicht zurückgetreten, wenn solche Dinge gesprochen, wie er sie jetzt schildert?

"Nieuwe Rotterdamse Courant" meldet aus London: Nicolson schreibt in der "Daily News" vom 13. November: Die Rede Lloyd Georges hat einen sehr starken politischen Zustand geschaffen. Die konservativen Mitglieder des Kabinetts sind fast ohne Ausnahme vor allem darüber ungehalten, daß nicht jeder über den An-

Groß-Berlin

Die Schneeschipperverordnung, die Stadtverordneten und der Magistrat.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat folgenden Antrag eingebracht, der bereits heute zur Beratung kommen wird:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, darauf hinzuwirken, daß die Verordnung des Oberkommandos über die Schneebeseitigung aufgehoben und der Stadtverwaltung die zur Reinigung der Straßen Berlins von Schnee und Eis erforderliche Anzahl Kriegsgesangene zur Verfügung gestellt wird.

Die Fraktion der Unabhängigen hat den Antrag gestellt, der Magistrat möge auf die Aufhebung des Erlasses hinwirken, und die Stadtverordneten Imberg, Bourat Adre und Banddirektor Gelpke (Freie Fraktion) beantragen, daß der Magistrat zu der Verfügung des Oberkommandos umgehend Ausführungsbestimmungen erlasse, damit unnutzige Gärten und Verastigungen vermieden werden und die in der Bürgerchaft entstandene Unruhe beseitigt wird.

Sehr merkwürdig ist das Verhalten des Magistrats. Er hat weder der Behauptung, daß er am Zustandekommen der Schneeschipperverordnung beteiligt gewesen sei, widersprochen, noch hat er es für nötig gehalten, den Berlinern mitzuteilen, welche Stellung er zu dem Uase einnimmt und welche Schritte er getan hat, um die Ungeheuerlichkeit bereits im Entstehen zu unterdrücken oder wenigstens zu mildern. Sollte er etwa mit den Maßnahmen des Oberkommandos einverstanden gewesen sein und ihn die Hoffnung, einen Teil der Straßenreinigungskosten zu ersparen, über die geplante Militarisierung der Bürgerchaft getrübt haben?

„Verkehrsregelung“ auf der Hoch- und Untergrundbahn.

Gegen die unerträglichen Zustände, die auf der Hoch- und Untergrundbahn infolge Einschränkung der Züge und gleichzeitiger Mehrung des Verkehrs sich herausgebildet haben, ist nun endlich ein „Mittel“ gefunden worden. Die Polizei ist es, die wieder einmal mit ihrem Nachgebot eingreift, um die oft geradezu lebensgefährliche Wagenüberfüllung zu „beseitigen“. Die bringt sie das fertig? Sehr einfach! Auf den Bahnhöfen Leipziger Platz und Gleisdreieck werden jetzt in den Stunden des stärksten Verkehrs ein paar Polizeibeamte aufgestellt, die einer zu weitgehenden Ueberfüllung der Wagen dadurch vorbeugen sollen, daß sie im gegebenen Augenblick die noch Einsteigenden zurückweisen und nötigenfalls gewaltsam zurückholten. Die Sache spielt sich so ab, daß sie auf den Zuschauer sehr befremdend wirken könnte, wenn sie nicht für die davon betroffenen Fahrgäste so bittererart wäre. Sobald ein Zug einläuft, drängen zwei Schaulente und oft auch der leitende Polizeileutnant sich an die Wagen heran, pflanzen sich breit vor den Türen auf und helfen den Bahnbeamten bei der „Regelung“ des Aus- und Einsteigens. Die Aufgereagtesten sind dabei nicht die Fahrgäste, die ja in drei Kriegsjahren gegenüber der Verkehrsnot sich in Geduld üben gelernt haben, sondern die Beamten und besonders die der Polizei. Wo früher zwei oder drei Bahnbeamte kommandierten und schrien, da kommandieren und schreien jetzt fünf oder sechs Bahn- und Polizeibeamte. Wenn ein Wagen dem aufspringenden Polizeibeamten „voll“ genug scheint, läßt er den noch nachdrängenden Fahrgäste die Tür vor der Nase zu — und der Verkehr ist „geregelt“. Wer darüber räsonniert, der sehe sich vor, daß er nicht abgeführt und ihm ein Strafbefehl aufgedrückt wird. Der grobartige Gedanke, gegen die Verkehrsnot den Schutzmann mobil zu machen, soll entstanden sein in dem Hirn eines Direktors der Hochbahngesellschaft, der einmal selber die toten Zustände beobachtete und eine Dame beinahe zerunglückte sah. Nun fehlt noch, daß man auch auf Stadt-, Ring- und Vorortbahnen, die von den Arbeitern und Arbeiterräumen besonders der Rüstungsbetriebe zu ihren Fahrten nach und von der Arbeitsstätte benutzt werden müssen, es mit demselben Rezept versucht und durch gewaltsame Zurückdrängung der Fahrgäste den Verkehr „regelt“. Wie jetzt die Hochbahngesellschaft, so wäre dann die Eisenbahnverwaltung ledig der Sorge und Mühe, das Verkehrsbedürfnis zu befriedigen. Nur würden dann die Fabriken leer bleiben.

Die neuen Zuckerpreise.

Den Kleinhandelspreis für Zucker, und zwar für Melis oder gemahlene Kristallzucker hat der Magistrat auf 40 Pf., für gemahlene Raffinade 42 Pf., für Würfel I (gewöhnlichen Würfelzucker) 42 Pf., für Würfel II (Kristallzucker) 44 Pf. und für Brodzucker auf 44 Pf. für je ein Pfund festgelegt.

Es dürfen demnach höchstens gezahlt werden für 375 Gramm Melis oder gemahlene Kristallzucker 30 Pf., für 750 Gramm 60 Pf., für 1125 Gramm 90 Pf., für 375 Gramm gemahlene Raffinade oder Würfel I (gewöhnlichen Würfelzucker) 32 Pf., für 750 Gramm 63 Pf., für 1125 Gramm 95 Pf., und für 375 Gramm Würfel II (Kristallzucker) oder Brodzucker 33 Pf., für 750 Gramm 66 Pf. und für 1125 Gramm 99 Pf.

Keine Erhöhung der Obstschäpppreise.

Um keine unberechtigten Hoffnungen in Händlerkreisen aufkommen zu lassen, teilt die Reichsstelle für Gemüse und Obst mit, es sei keinesfalls damit zu rechnen, daß die durch Bekanntmachung vom 26. Juni festgelegten Höchstpreise für Obst irgendwie erhöht werden. Es kommen lediglich die festgelegten Zuschläge in Frage. Der betreffende Passus jener Verordnung lautet wie folgt:

Der Erzeuger darf beim Verkauf vom 1. November ab einen Zuschlag von 10 Proz., 16. Dezember ab 15 Proz., 16. Januar 1918 ab 25 Proz., 1. März ab 35 Proz. und vom 1. April ab einen Zuschlag von 50 Proz. für Lagerung auf die festgelegten Höchstpreise berechnen.

Die Winterunterstützung der Berliner Stadarmen.

Die als einmaliger Zuschuß zu den laufenden Unterstützungen alljährlich am Neujahr gezahlt wird und eine Beihilfe zur Anschaffung von Brennstoffen sein soll, wurde im letzten Winter von 8 M. auf 10 M. erhöht. Damals, im Dezember 1916, wies der „Vorwärts“ darauf hin, daß gegenüber der eingetretenen außerordentlichen Steigerung der Brennstoffpreise die Erhöhung um ganze 2 M. durchaus unzulänglich war. Etwas spät hat man in der Armendirektion begriffen, daß es bei den 10 Mark nicht sein werden können. Im November 1917 hat endlich die Armendirektion und mit ihr der Magistrat beschlossen, die Winterunterstützung der Stadarmen um weitere 5 Mark auf 15 Mark zu erhöhen. Auch hiermit können die Armen noch lange nicht die Mehrbedürfnisse decken, die ihnen durch die Brennstoffverwertung auferlegt wird. Wir wissen ja alle, wieviel Feuerung eine Kochmaschine oder ein Stubenofen in einem Winter benötigen.

Zu der dringlichen Anfrage der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion betr. einer weiteren Einschränkung des Berliner Straßen- und Schnellbahnverkehrs hat der Magistrat die Erklärung, wann er zur Verantwortung bereit sein werde, bisher noch nicht abgegeben. Es ist daher nicht sicher,

ob die dringliche Anfrage bereits in der heutigen Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung kommen wird. Jedenfalls ist unsere Forderung entschlossen, allen Bestrebungen, die auf eine Steigerung der Berliner Verkehrsnot hincielen, mit rücksichtsloser Energie entgegenzutreten.

Bessere Regelung der Nähgarnabgabe. Zur Veleitigung des augenblicklich so fühlbaren Mangels an Nähgarn ist seitens der Kriegstrostoffabteilung und der Reichsbekleidungsstelle eine zweckmäßigere Verteilung angeordnet worden. Die freigegebenen Mengen werden durch die Kommunalverbände den Kleinhändlern, den Konfektionsbetrieben und dem Schneidergewerbe überwiefen. Die Abgabe an die Bevölkerung erfolgt, wie die „Deutsche Konfektion“ meldet, nur auf Grund einer vorhandenen und zu diesem Zweck abzustempelnden Karte. Die Verordnung wird am 1. Januar in Kraft treten.

Weihnachtsbesendungen für unsere Gefangenen im Ausland müssen, wenn sie bis zum Weihnachtsterte die Empfänger erreichen sollen, so frühzeitig wie irgend möglich aufgegeben werden. Zur Aufrechterhaltung eines geregelten Dienstbetriebes werden die Postanstalten vorwiegend schon bald nach Anfang Dezember Pakete und Bündchen für Kriegs- und bürgerliche Gefangene im Ausland nicht mehr zur Beförderung annehmen können. Die genaue Zeit der Annahmehrerre wird noch bekanntgegeben werden. Die deutschen Abnehmer können auf den frühzeitig aufgegebenen Weihnachtsbesendungen durch den Vermerk „Weihnachtspaket“ — bei Sendungen nach England und den britischen Besigungen, „Christmas parcel“ — den Wunsch ausdrücken, daß die Sendungen dem Empfänger erst am Weihnachtsterte zugestellt werden. Nach den mit den fremden Verwaltungen schwebenden Verhandlungen ist zu erwarten, daß dieser Wunsch so weit als irgend möglich beachtet werden wird.

Tödlicher Strafenbahnunfall. Ein tödlicher Strafenbahnunfall hat sich in Oberkornelweide ereignet. Dort wurde auf der Treckowbrücke beim Ueberschreiten der Gleise die 16jährige Gertrud Köhnerberger von einem Wagen der Berliner D-Bahnen erfasst, umgefahren und überfahren. Die R. erlitt so schwere innere und äußere Verletzungen, daß sie nur als Leiche geborgen werden konnte. Der Unfall, der sich in der neunten Abendstunde ereignete, ist anscheinend auf die Unübersichtlichkeit an der Unfallstelle zurückzuführen.

Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge in Karlshorst. Als gestern früh die Vorortbewohner der Strecke Berlin—Erlner an ihre Arbeitsstellen eilen wollten, wurde ihnen auf den Stationen zwischen Erlner-Karlshorst bekanntgegeben, daß vorläufig keine Züge fahren. Warum? Alles war in großer Aufregung. Bei solchen Vorfällen sollte man dem Publikum immer reinen Wein einschenken, damit dieses keine Fehlmahnahmen danach einrichten kann. Auf dem Bahnhof Karlshorst war D-Zug 1102 (I) auf einen vor ihm fahrenden Militärzügen gestoßen. Das Trümmerfeld sah nicht aus. Die Lokomotive des D-Zuges und 6 Wagen vom Güterzug waren demoliert. Circa 100 stolze Hände, größtenteils herangezogene Militär, machte sich an die schwere Arbeit, den Tatort zu säubern. Viele Arbeiter und Angestellte sind mit großen Verspätungen an ihre Arbeitsstellen angekommen. Auf dieser Strecke war vor circa einem Jahr zweimal ein größeres Unglück passiert, in Rahnsdorf und Friedrichshagen.

Ein Revolverkampf mit einem Einbrecher entwickelte sich bei der Festnahme des schon mehrfach mit Justizhaus bestrafte Reiner Lommatich aus der Welsche 57 in Reutlin. Er hatte in Gemeinschaft mit noch zwei Einbrechern in Dresden für 8000 M. Gold- und Schmuckstücke gestohlen. Bei der in seiner diesigen Wohnung vorgenommenen Verhaftung leistete L. entschlossenen Widerstand. Auf beiden Seiten wurden mehrere Schüsse abgegeben, die niemand traf. Inletzt sprang L. aus einem Fenster der im dritten Stock belegenen Wohnung auf den Hof hinab und blieb dort schwer verletzt liegen. Er wurde nach dem Sudower Krankenhaus gebracht. Kugel seiner Brust wurden auch seine Komplizen und der Helfer verhaftet. In der Wohnung des L. wurde ein großes Warenlager entdeckt.

Charlottenburg, 9-Uhr-Schulanfang. Während der lichtschwachen Zeit im laufenden Winterhalbjahr — und zwar von heute bis zum 15. Februar n. J., nötigenfalls auch länger — beginnt der Unterricht in allen städtischen Schulen erst um 9 Uhr. Nur für die städtischen Fach- und Fortbildungsschulen gilt diese Aenderung nicht.

Wilmerdorf, Lebensmittel. Bis einschließlich nächsten Dienstag gelangen auf Abschnitt E 100 Gramm Weizenmehl und auf Abschnitt J 100 Gramm Haferfibrilate zur Verteilung. Ferner von heute ab auf Abschnitt K 1 1/2 Pfund Weisflohl. Die Entnahme muß in den Kartoffelbefeuerungsgeschäften erfolgen.

Steglich, Mangelnde Fürsorge. Uns wird geschrieben: Die Lebensmittelversorgung ist seit Wochen wieder so mangelhaft, daß sich allgemeine Unzufriedenheit in der Bevölkerung bemerkbar macht. Wie berechtigt die Unzufriedenheit ist, geht daraus hervor, daß außer den üblichen Rationen an Brot, Fleisch, Fett und Kartoffeln im ganzen Monat Oktober bis heute pro Kopf nur 250 Gramm Haferfibrilate, 100 Gramm Marmelade, 200 Gramm Kunsthonig, 1 Ei und (ungenießbarer) Quarzflöz zum Zuckerpreis von 2,50 M. pro Pfund zur Verteilung gelangte. Natürlich wendet sich der Unwille der Bevölkerung gegen die Gemeindeverwaltung, der man Rechtschaffenheit vorwirft. Diese weist jedoch jede Schuld zurück und schiebt sie den Zentralverteilungsstellen des Reiches zu. Die Gemeindeverwaltung — so läßt sie verstanden — hat es nicht an den dringlichsten Vorstellungen fehlen lassen, aber als letztes Glied in der Reihe der Warenbeschaffer muß sie eben warten, bis die übergeordnete Verteilungsstelle die Ware anliehert. Wie mit den Nährmitteln, so ist es mit der versprochenen Marmelade, die am 1. November ausgegeben werden sollte, aber bis heute noch nicht geliefert ist. Auch die Gemüservorgung verläßt fast völlig. Die Gemeinde hat zwar Lieferungsverträge über rund 70.000 Zentner Wintergemüse abgeschlossen, aber alle Bemühungen, die Gemüsebauern zur Erfüllung der Verträge anzuhalten, sind bis jetzt vergebens gewesen. Die Lebensmittelknappheit macht sich natürlich auch in den Kriegsläden bemerkbar und führt zu massenhaften Beschwerden über das Essen. Um das Bild vollständig zu machen, verfolge Ende voriger Woche wegen Kohlenmangel auch noch das Gemeindeflektrozitätswerk, das schon seit Monaten nur spärlich mit Brennmaterialien versorgt wird. Das sind doch himmelschreiende Zustände vor den Toren Berlins. Die Gemeinde ist ohnmächtig; die Zentralstellen versagen; wer ist denn nun der Verantwortliche für den Schandrian?

Oberschönweide. Aus der Gemeindevertretung. In der Sitzung am Dienstag wurden zur Beschaffung von pflanzlichen Lehnmitteln 3000 M. bewilligt. Der bisher von privater Seite geleitete Kindergarten wird nunmehr durch die Gemeinde weitergeführt. Zur Instandsetzung der Einrichtungsgegenstände sowie der Beschäftigtenunterstützen für die Kinder und zur Anstellung einer als Kindergärtnerin ausgebildeten Leiterin werden vorläufig 1500 M. zur Verfügung gestellt. Der Kindergarten soll in Feuerwehrtal Unterkunft finden und zur Kostenbedeckung 50 Pf. für ein Kind pro Monat erhoben werden. Wie in den Vorjahren sollen auch in diesem Jahr zu Weihnachten Liebesgaben an die im Felde stehenden Ortsangehörigen verteilt werden. Unter Berücksichtigung dessen, daß sich auch die am Ort befindlichen industriellen Werke an dieser Sache durch Geldbeiträge zu beteiligen gedenken, wurden von der Gemeindevertretung 2000 M. gestiftet. Eine höhere Debatte zeitigte der Beschluß des Gemeindevorstandes, welcher die Exportationspreise aus der Kriegslücke von 40 auf 50 Pf. erhöhte. Von sozialdemokratischer Seite war dem Gemeindevorstand in einem

Schreiben mitgeteilt worden, daß die Preisfestlegung als ein Eingriff in die Rechte der Gemeindevertretung angesehen werde. Es wurde verlangt, daß neben den Familien der Kriegsteilnehmer, die von der Preishöhung nicht betroffen werden und auch weiterhin nur 30 Pf. pro Portion zahlen, auch die Ortsarmen sowie die durch Krankheit Erwerbsunfähigen vor wie nach die Portion zum alten Preis von 40 Pf. erhalten sollten. Der Gemeindevorstand erklärte die Einrichtung der Rüdchen als eine Kriegsmahnahme und eine Zustimmung der Gemeindevertretung zur Preis-erhöhung nicht als unbedingt notwendig. Im Abriegen wurde vom Gemeindevorstand die Erklärung abgegeben, daß unsere Wünsche geprüft, eventuell berücksichtigt werden sollten. — Der Gemeindevorstand beantragte ferner, für die auszu-scheidenden Gemeindevorteiler keine Neuwahlen vorzunehmen, sondern dieselben auf ein weiteres Jahr im Amt zu belassen. Dem-entsprechend wurde auch beschloffen.

Reinickendorf, Weisflohl- und Kohlrabenversorgung. Das Ernährungsamt ist in der Lage, an jeden Haushalt 1/2 Zentner Weisflohl und einen Zentner Kohlraben verteilen zu können. Die Verteilung erfolgt für den westlichen Ortsteil in der zweiten Gemeindefschule (Kugalle-Viktoria-Allee), und zwar: Weisflohl am 15. November an die Inhaber der Quittungsnr. 9881—10490, am 16. November 10481—12000; Kohlraben: 15. November 80 000—80 600, 16. November 80 601—81 200, 17. Nov. 81 201—81 600, 18. Nov. 81 601—82 200, 20. Nov. 82 201—82 800, 21. Nov. 82 801—83 400, 22. Nov. 83 401—84 000. Für den östlichen Ortsteil erfolgt die Verteilung von der dritten Gemeindefschule (Lette-Allee) und dem Güterbahnhof (Graf-Robert-Allee) aus: Weisflohl und Kohlraben auf die Nummern 2100—2700 am 15. November, 2701—3900 am 16. Nov., 3901—3900 am 17. Nov., 3901—4500 am 19. Nov., 4501—5100 am 20. Nov., 5101—5700 am 21. Nov., 5701—6300 am 22. Nov.

Rowawes, Lebensmittel. Von heute bis Sonnabend findet auf Abschnitt 26 die Ausgabe sterilisierter Vollmilch statt. Auf je eine vom Kleinhändler zugestellte Pocheneigung dürfen nicht mehr als 2 Flaschen Vollmilch zum Preise von je 1,50 M. abgegeben werden. Auf Abschnitt 80 wird Honigkuchen abgegeben. Die Anmeldung muß morgen und Sonnabend bei dem Kleinhändler vorgenommen werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sichterselbe. In der am Mittwoch stattgefundenen Mitglieder-versammlung sprach Genosse Kallist über Innenpolitische Fragen und Auslandspolitik. Eine Diskussion hüllte sich an den mit Beifall aufgenommenen Vortrag nicht. Mit Rücksicht auf die großen Aufgaben, die die Partei nach dem Kriege zu erfüllen haben wird, hielt die Versammlung die Erhöhung des Parteibeitrages für eine unbedingte Notwendigkeit. Ueber einstimmig wiesen sämtliche Redner darauf hin, daß bei der immerhin relativ günstigen Verdienstmöglichkeit die in Aussicht genommene Beitragserhöhung im Haushalt des Arbeiters keine Rolle spiele. Dierauf wurde einstimmig beschloffen, den Monatsbeitrag für Männer von 40 auf 60, für Frauen von 20 auf 30 Pf. zu erhöhen.

Adlershof. „Frieden, Freiheit, gleiches Recht“ lautete das Thema, welches der Reichstagsabgeordnete H. Kräyig am 13. November in einer von 170 Personen beleuchteten Versammlung behandelte. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Interesse und Beifall aufgenommen. Auch einige „Unabhängige“ hatten sich eingeladen, die sich während des Vortrages durch ständige Zwischenrufe bemerkbar machten. In einer sachlichen Diskussion vermochten sie sich jedoch nicht aufzuklären, sondern beschränkten sich darauf, eine Anzahl naiver Fragen an den Referenten zu stellen, die dieser in seinem Schlußwort geblührend beleuchtete.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Oberschlesische Stahlwerks-Gesellschaft beteiligt sich an der Deutschen Eisenhandels A.-G., um auf diese Weise Erfolg für eine eigene Verkaufsorganisation zu finden.

In der am 13. November abgehaltenen Aufsichtsratsitzung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft wurde der Jahresabschluss für 1916/17 vorgelegt. Es steht ein Reingewinn von 30 370 864 gegen 27 193 409 M. zur Verfügung, aus dem die Verteilung einer Dividende von 12 1/2 Proz. auf ein Grundkapital von 184 Millionen Mark in Vorschlag gebracht wird. Am Vorjahr nahmen an einer Dividende von 12 Proz. 155 Millionen Mark ganz und 29 Millionen Mark hälftig teil. Abgerechnete Umsätze und vorliegende Aufträge weisen höhere Ziffern auf als in 1915/16, denen eine bedeutende Steigerung von Kriegslasten gegenübersteht. Die Höchstdividende der Gesellschaft im Frieden betrug 14 Proz.

Unter der Firma „Erda“ Bergbau Akt.-Ges. in Berlin ist kürzlich ein Unternehmen gegründet worden, dessen Zweck der Betrieb von Bergbauunternehmungen und von Fabriken zur Verarbeitung und Verwertung der im Bergbau gewonnenen Erzeugnisse, die Beteiligung an entsprechenden Unternehmungen usw. ist. Es handelt sich um eine reine Geldgründung. Das Kapital in Höhe von 10 Millionen Mark ist von der Diskontogesellschaft übernommen.

Aus der deutschen Petroleumindustrie.

Die Deutsche Petroleumindustrie A.-G., eine Finanzgesellschaft mit großem Aktienbesitz der wichtigsten deutschen Erdölgesellschaften, verleiht für die beiden letzten Geschäftsjahre je 8 Proz. Dividende, nachdem sie zuerst wegen der zumänftigen Ereignisse Bilanzaufschub erwirkt hatte. Aus der Aufsichtsratsitzung wird mitgeteilt: Die Wiederherstellung der Arbeiten in Rumänien sind mit aller Energie betrieben worden und die erzielten Ergebnisse übertrafen die Erwartungen. Die Europäische Petroleum-Union konnte auch für das Jahr 1916 keine Bilanz aufstellen, da Berichte über die Tochtergesellschaften im feindlichen Ausland nicht zu beschaffen waren. Ihren Besitz an Aktien der Deutschen Erdöl-A.-G., von denen die Petroleum-A.-G. im Frühjahr 1915 einen namhaften Beitrag erworben hatte, hat die Gesellschaft inzwischen erheblich vermehrt und zu den dauernden Beteiligungen genommen. Von neueren Gesellschaften sind zu erwähnen: Die Uebernahme von 4 000 000 Kr. Aktien der Ungarischen Erdgas A.-G. (Kapital 27 000 000 Kronen) und von Aktien der A.-G. für Tiefbohrtechnik und Notorbau vom Tranzil u. Co.

Deutsch-Luz in Brandenburg a. d. S.

Die Deutsch-Luzenburgerische Bergwerks- und Hütten A.-G. hat die sämtlichen Geschäftsanteile der Firma H. Weber & Co. in Brandenburg a. S. erworben. Die Anlagen der Firma Weichen außer einem Feinblechwalzwerk noch aus einem Siemens-Martin-Stahlwerk und einem Grobblechwalzwerk sowie aus Kriegswerkstätten. Die Geschäftsführung der Firma Weber in Brandenburg bleibt bestehen.

Englische Prämienanleihe.

Der Finanzminister Bonar Law machte im Unterhause Mitteilung von dem Plane der Ausgabe einer Prämienanleihe. Zum Zwecke der Vorarbeiten für diese Frage soll eine besondere Kommission ernannt werden.

Die gute finstere Zeit.

Von Kurt Meyer-Rotermund.

Eine lichtarme Zeit ist es, in der wir uns jetzt befinden, denn der Kohlenreichtum hat sich in der Zeit der Gas- und Elektrizitäts-Nationen gelöst. In dieser durch den Krieg bedingten Zwangslage kehren wir zu den Lebensverhältnissen unserer Vorfahren zurück, zur vielgepriesenen guten alten, aber auch recht finsternen Zeit. Finsterner freilich war noch das Mittelalter; weniger in geistiger Hinsicht, in der man in gewissen privilegierten Kreisen oft recht 'helle' war, sondern buchstäblich gemeint: in der Beleuchtung von Haus, Hof und Straße. Nur schwer kann man sich heute ein Bild machen, wie trostlos — nicht nur von unserem Standpunkt aus — es in den ersten Jahrhunderten des deutschen Städtebaus damit ausgesehen hat.

Noch viel später als das Pfälzer, das seit Anfang des vierzehnten Jahrhunderts nachzuweisen ist, kam die Straßenbeleuchtung auf. In Köln, bekanntlich schon früh einer der beleuchteten deutschen Städte, glaubte im 14. Jahrhundert der Magistrat seine Schuldigkeit getan zu haben, wenn er die nächste Umgebung des Rathauses mit einer Laterne erhellte. Später verfuhr man auch wohl die Straßen und die Dörfer mit Laternen, die nur in drei Fällen vermehrt zu werden pflegten: bei Feuersgefahr, bei Bedrohung der öffentlichen Ordnung und bei Besuchen von Fürsten oder hohen geistlichen Würdenträgern. In letzterem Falle wurde den Bürgern anbefohlen, zu 'illuminieren', d. h. ein Lichtlein am Hause oder im Fenster anzubringen. Bei verdächtigem Zwischenfällen, die in der Dunkelheit ja nichts Seltenes waren, galten besondere Bestimmungen. So mußte in Kiel, wenn ein geschädigter Bürger die 'Macht' (ein alarmierendes Weidwerk) erhob, jeder Hausbesitzer eine Laterne vor seiner Tür aufhängen, um das lichtlose Gefindel fernzubalcken, er selbst aber sich zur Wiederherstellung der Sicherheit den zusammengetrommelten Stadtbürgern anzuschließen. Wie selten eine umfassendere Beleuchtung im mittelalterlichen Gemeinwesen vorkam, geht schon daraus hervor, daß die Chronikenscheiber es für wichtig erachteten, solches Ereignis besonders zu verzeichnen. So ist in Lübeck nach einem zeitgenössischen Bericht ein Besuch Karls IV. der Anlaß gewesen, die Nacht 'in hellen Tag zu verwandeln'. Im reichen Frankfurt a. M. wurde bei besonderen Gelegenheiten städtischer Feiern in eisernen Rahmen, Fackelleisen oder Feuerlichter genannt, Schweiflichter oder Fackelleisen verbrannt. Extrabeleuchtung gab es auch bei den großen Störungen der öffentlichen Sicherheit, die im Mittelalter die Judenverfolgungen mit sich brachten. Hier war die erhöhte Beleuchtung doppelt am Platz, da die Juden ja meist in besonderen, finsternen, engen Stadtteilen, den Ghetto, wohnten. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts raffte sich der Rat von Nürnberg zu einer regelrechten Beleuchtung wenigstens der Straßenenden auf, indem er etliche Verkäufer mit Laternen, die wir heute 'Nachtlaternen' nennen würden, ausstattete, damit man sie ausdähne und ein Licht hineinstecke, wenn Feuer ausbräche, oder sonst bei der Nacht geläutet würde. Auch wurden dort Eisen angebracht, wo solche noch nicht vorhanden waren. Von den Chronisten wird jedoch hervorgehoben, daß die Laternen spärlichweise nicht ausgeliefert worden seien, sondern im städtischen Magazin aufbewahrt waren. (Below.)

Die Regel war also fast völlige Dunkelheit in den Straßen, die nur der Vollmond gelegentlich kostenlos erleuchtete. Obgleich diese Verhältnisse aus, so entwickelte sich in den engen, krummwindigen Gassen mit den vorgekragten, beschaudenden Giebelhäusern das lichtlose Treiben der Verbrechenswelt, daher man denn in gar manchen Städten bei Anbruch der Finsternis die Umgebung von Warenlagern und Schuppen mit eisernen Ketten absperrte, eine frühe Polizeimassnahme, die jeder außerhalb seiner Wohnung ohne Laterne betreten wurde, unweigerlich bestrafte; in schwächeren Fällen im Turm oder am Pranger, nicht nur die Diebe, auch die Liebespaare mußten schon allerhand Schliche anwenden, zu ihrem Ziele zu gelangen. Den mit der mangelnden Beleuchtung sympathisierenden Personen kam freilich die sprichwörtlich gewordene Schlafsucht der städtischen Wächter entgegen.

Mit dem Reicherwerden der Städte, vor allem mit dem Aufblühen der Hanse, gab es allmählich im Reichsbilde Fortschritte, eine allgemeine Straßenbeleuchtung begann in Deutschland allerdings erst im 18. Jahrhundert. In den vorhergehenden war es hiermit noch spärlich bestellt. So wurden die Straßen Berlins erst seit 1682 durch Laternen, die auf Pfählen steckten, eingemessen erleuchtet. Bei diesen trüben brennenden Öllampen darf man aber nicht entfernt an die Verhältnisse der neueren Zeit denken. Noch am Ende des 18. Jahrhunderts gingen die Besucher des Salons der Dorothea Welt, der späteren Gattin Friedrich Schlegels, hinter einem Diener mit der Stadlaterne in der Hand, um sich in den dunklen Straßen zurechtzufinden. Die Residenz Karl Augusts war mehr durch Weisflesche erleuchtet, als durch Straßen-

lampen, wenn auch um 1800 in Weimar bereits 500 Laternen mit ihrem fremdlichen Schein den Klaffen die Wege wiesen. Als Kuriosum, zugleich ein Anzeichen, wie sehr noch jede Extrabeleuchtung sogar im Privatbause aufmerksamer sei, erwähnt, daß der bei seiner Lampe in die Arbeit vertieft Schiller einmal vom Nachwächter gemahnt wurde aufzustehen.

Daß die häusliche Beleuchtung trotz kunstgewerblich wertvoller Lichthalter und schöngeformter Fackelträger nicht viel besser war als die in den Straßen, ist nicht verwunderlich. Nur bei Schenkerischen auf dem Rathause oder bei sonstigen größeren Veranstaltungen, an denen das festliche Mittelalter ja reich war, wurde eine wahre Lichtverwendung getrieben.

Das über das ganze Mittelalter, bis zur Niedermeierzeit hinein, ausgebreitete Dunkel ist indessen, so bestreudend die Behauptung zunächst auch klingen mag, für die geistige und künstlerische Kultur überaus fruchtbar gewesen. Ohne dies schattensichere, von Geheimnissen gefüllte Dunkel ist eine für das mittelalterliche Weltleben so kennzeichnende Erscheinung wie die Mystik mit ihrer nach innen gerichteten Einkehr in die nächtliche Stille undenkbar. Ebenso ist die aus dem Dunkel ins Licht strebende und in ihrer Innerlichkeit der Mystik eng verwandte Kunst Rembrandts letzten Endes die Schöpfung einer nachdunklen Zeit. Die Sehnsucht nach Licht und die Freude am Licht ist nur dort vorhanden, wo dieses so selten ist, daß es als ein göttliches Gnabengeschenk begrüßt wird, wenn es erstrahlt. In seiner nächsten Nähe, in den dumpfen Gassen Amsterdams unter dem düsternen, bewölkten holländischen Himmel, sah Rembrandt diesen Lichtgenuß, empfand er ihn selbst als tiefster Seele. Wie übermächtig sein Geist und seine Phantasie von diesem Sehnen aus dem Dunkel nach dem Lichte erfüllt waren, läßt seine Bilder, die, wie die Welt aus dem Chaos, dem Hell Dunkel entstammten.

Diese geheimnisvollen, beiseiten Hell Dunkelwirkungen, die als Motive auch in der neueren Malerei, u. a. bei Ludwig Richter und Spitzweg wiederkehren, kommen in unseren Tagen der zwangswise eingeschränkten Beleuchtung von neuem zustande. Der gegenwärtig abends durch eine alte deutsche Kleinstadt geht, und wie einmala unsere Urgroßväter sein Lichtlein in der Hand mit sich trägt, wenn schon es keine Stadlaterne, sondern eine elektrische Taschenlampe ist, der wird sich dem Zauber der elektrischen Eintracht, die ihm die Wanderung durch das Dunkel aus allen Straßenenden zuträgt, nicht entziehen können. Ist er oben drein mit Phantasie begabt, dann befestigt er sich in die 'gute alte Zeit', in welcher der nächtliche Wächter seinen Rundgang durch das Städtchen machte und den ehrlichen Bürgern unter der Bettdecke allmählich durch Hornschall verkündete, daß er Haus und Hof zu bewahren beflissen sei. Im Verständnis für die Kunst der guten alten Meister wird man durch solche eine beschaulich-machdenkliche Wanderung ungemein gefördert.

Afrikanische Tierexponen.

Die Vervollkommenung der photographischen Technik hat dem Tierforscher und Tierfreunde in dem letzten Jahrzehnt Tierurlunden ermöglicht, von denen man sich früher nichts hätte träumen lassen. Mit Hilfe der Licht- und Bewegungsbilder können wir heute große und kleine Tiere aus nächster Nähe und vom bequemsten Sessel aus die Beobachtungen des Naturforschers miterleben, und wenn es unserm Geschmack entspricht, auch die spannenden und unter Umständen gefährlichen Aufregungen des Jägers. Besonders das Großwild, das heute noch in beinahe paradiesischen, wenn auch schon von menschlicher Jagdluft und Jagdgeräuschen durchdrungenen Gebieten in Süd- und Mittelafrika gedeiht, bietet die interessantesten Bildstoffe. Es war daher eine vortreffliche Idee des Direktors unseres Zoologischen Gartens, Prof. Voelz, die schönsten und merkwürdigsten Tierbilder aus der afrikanischen Wildnis zusammenzustellen und vom belebenden und belehrenden Wort begleitet in der Uria an anschaulich vorzuführen. Es ist in der Tat erstaunlich, was auf diesem Gebiete in der Zusammenarbeit von Köhnen, Forstern und Jägern und geschickten Momentographen geleistet worden ist. Und es gewährt doch einen ganz anderen Einblick in das Leben der Tiere, sie mit Hilfe des Films in der afrikanischen Steppe im freien Wildbahn, als etwa in der Zwangspension des Zoologischen Gartens beobachten zu können.

Da tauchten vor unseren Augen, nachdem die fast alligen Fellkame uns in ihrem Wasserpiel und Fischraub ergötzt hatten, die stattlichen, schönformigen Elefantilopen auf, die heute noch in großen Rudeln vielfach zusammen mit Zebras und anderen gefällig lebenden Wiederkäuern sich herumtummeln. Wir werden zugeben, wie der Jäger sie beschleicht und erlegt. Das Bild zeigt uns auch die Kämpfe um das selten gefundene Gnu festgehalten. Lange, schlank, wie Bronze schimmernde Wälder betätigen sich im Einjagen und Aufziehen junger Gnu, die schließlich bei Hagel von anlaufen. Dann folgen wir einer Löwenjagd, die freilich nicht ganz unseren Erwartungen entspricht. Allerdings wird der König der Steppe, der aber im Grunde ein Lichtschneise und nur

im Notfall den Kampf aufzunehmendes Tier ist, heute durch einen weittragenden Schuß prompt erledigt oder von den Kaffern in Scharen umstellt und im Handumdrehen erledigt. Berichte aus früheren Zeiten lesen sich ganz anders. Die Löwenjagd ist heute trivialisiert. Zwischenzeitlich besaßen wir eine brütende Meisenflocke, aus deren Eiern bereits 1/2 Meter lange Junge herausgeholt werden. Die fünf Meter langen Baumtiere, die Straffen, schießen in ihrem merkwürdigen Schaufelgalepp vorbei. Und dann wieder Jagdszenen: wirklich drüben taucht das riesige Nashorn auf. Der Mensch bringt ihm seine eigenartige Guldigung dar, indem er es erlegt, um aus seinen Säuben — Nischenbäcker zu machen. Er gößlicher ist die Wundigung junger Nashörner, die ganz zivilisierter sein können. Gegenüber dem Elefanten und dem plumpen Flusspferd aber triumphiert wieder die Krugel: das Elfenbein ist ja kostbar und das Flusspferd eine leichte Beute. Um so idyllischer wirken dagegen seine Naturbilder, die keine Raub- und Wundlast bestreift: das lustige Spiel der in ihrem Wasserrelement höchst lebendigen und raschen Flusspferde, dieser zur Schweinezucht gehörenden Vegetarier mit den unerklärten großen Zähnen. Prof. Voelz hat recht: dieser Film ist eine der schönsten Tieraufnahmen voll ungetriebenen, fröhlichen Naturlebens.

Wäre ein nach dem Reize einsehender kräftiger Naturgenuss die Großtierwelt Africas vor der Ausrottung bewahren.

Feltre.

In dem großen Bogen, den die Piave macht, um ihren Weg durchs Voralpenland zur Niederung zu finden, liegt als der Hauptort dieses Teiles des Feltregebietes Feltre. Es ist nur ein Ort von ein paar tausend Einwohnern, doch seiner Lage nach von Bedeutung und daher auch reich an geschichtlichen Schicksalen. Dem Feltre ist der Kreuzungspunkt wichtiger Straßen. Von hier läuft die große Heerstraße gen Süden, die nach Treviso und weiterhin nach Venedig führt, während sich nach Westen der Weg abzweigt, der zum Suganerale, nach Primolano und nach Bassano leitet. Um diese strategische Bedeutung willen hat Feltre oft die Kriegsgleichen über sich ergehen lassen müssen. In zwei Malen, in den Jahren 109 und dann wieder 477, haben die Goten Feltre zerstört, das jedoch durch Theoderich den Großen wieder aufgebaut wurde. Dann hat die Stadt all die Wechselläufe durchgemacht, die sie alle größeren Ansiedlungen dieses Teiles der venetianischen 'Terra ferma' (Festland) typisch sind, bis endlich Venedig auch Feltre in seinen Machtbereich zog und auf Jahrhunderte hinaus schicksalsbestimmend für die Stadt wurde.

Es ist eine recht stille Stadt, deren größte Schönheit in ihrer Lage zu suchen ist. Die Stadt baut sich in verschiedene Terrassen auf, was zusammen mit dem Gebirgsuntergrunde immer neue, malerische Bilder bietet. Noch umringen sie die alten Mauern. Auf der mittleren Terrasse liegt die Piazza mit einem Rathaus, die dessen unteren Stock man den großen Palazzo verantwortlich machen will. Jedenfalls ist dies Stadtwert im großen Stil der späten Renaissance gehalten, während die anderen Teile des Baues den schönen Verhältnissen der Bogenhalle des Erdgeschosses nicht entsprechen. Lebregens ist Feltre recht hübsch gebaut, hat ziemlich breite Straßen und anmutige Plätze, bietet jedoch an Alleen oder Parkanlagen nicht eben viel.

Die größte Merkwürdigkeit aber, die Feltre aufzuweisen hat, ist doch wohl sein — Leihhaus. Es kann sich nämlich rühmen, das älteste aller Leihhäuser zu besitzen, indem hier schon im 15. Jahrhundert eine Anstalt dieser Art gegründet worden ist.

Ein neues Drama Schönheers.

Aus Wien wird geschrieben: Das neue Schauspiel von Karl Schönheer, 'Frau Suttner', dem das Burgtheater eine sorgfältige und hübsche Aufführung bereitet, ist eine seitliche Mischung von bedeutungsvoller Holzschmittmanier, knauer, knorriger Macht und nordisch gefärbter Symbolik. Soziales Leben in Kugel- und Rodmeresholm in Lederjoppe usw. Frau Suttner, Vorkämpferin und Gräberin, ist ohne Kind geblieben. Daran geht sie zugrunde. In Gram und still zurückgekehrter Oberwelt verdrückt sie; läßt dem lebensfrischen Gatten die gesunde Welt, die ihm einen Erben schenken wird, und nimmt im Bergbach, der durch das Dorf reichend dahinschießt, ein stilles, freiwilliges Ende. Alles Lebende ringsum ist voll Andeutungen ihrer Tragik, ihre ganze kleine Umwelt verdrückt sich zu einer Symbolisierung ihres Schmerzes, des Weibes der Kindlosigkeit. Der ergreifend menschliche Grundgedanke des Stüdes ist in sehr geschickte, sehr bewußte Parabeln eingebettet. Die Einfachheit, die jedes Pathos verdrängt, die Einfachheit der großen, herzoglichen Szenen, der nächsten, ganz und gar geistige Dialog geben dem Werk seine Wirkung, die freilich durch die Vorbildlichkeit und das rechnerisch Erklügelte jeglicher Ungleichheit stark beeinträchtigt wird. M. Pr.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines lebenden Jahrhunderts.

Von R. Franck.

„Eh bien böser und — sie lächelte ihr köstlichstes Lächeln — doch eigentlich lieber Mann, wenn er mich liebt, erfüllt er mir meinen Wunsch.“

„Ist im Vorhinein erfüllt“, lachte der Herzog erregt und küßte sie wieder.

„Mein Faktotum, ein Subjekt namens Michalansky wurde in das genommen — es ist ein Irrtum, er hat gar nichts gemacht, ich kann es verbürgen, ich brauche den geschickten Menschen.“

Hegnberg machte ein unangenehm überraschtes Gesicht. „Das ist aber Politik, Cherie... ich habe die Sache noch gar nicht untersucht und habe dem Oberst so gut wie versprochen.“

„Sigismondo!“ Sie sagte seinen Vornamen mit einem leisen Bitter der Stimme, voll Duft und Schmelz, wie der Schlag einer Nachtigall.

Ein Neben durchließ ihn — er umschlang sie und küßte sie lange und verlangend.

„Dein Subjekt ist frei. Ich habe zwar dem Oberst versprochen, ihn unter die Soldaten zu stecken, er soll ein schlechter Kerl sein.“

„Aber es ist doch noch ein Student verhaftet, gebe den Deinem Oberst als Ersatz.“

Sie sagte das Wort, das über ein Schicksal entschied, gedankenlos und lächelnd.

„Ja, das geht“, meinte er ebenso leicht. „Und dann: „Ist das alles?“

„Sie ihm wieder verschaffen unter einem anderen Chef? Warum nicht, wenn er sonst verwendbar ist. Aber woher dieses Interesse? Marie Therese, sollte vielleicht?“

Aber sie hielt seinen leicht forschenden Blick umfassen aus, als sie antwortete:

„Ich habe die ganze Sache erst jetzt von meinem Reichthümer Professor Crollanza erfahren und Du weißt, der gute Mann will jedem in der Welt helfen, von dessen Not er hört — ich bin ihm verpflichtet... Doch wenn es irgend welche Schwierigkeiten macht, dann lasse es.“

„D nein, gern erfülle ich alles, was Du willst“, sagte Segnenberg beruhigt.

„Nun, wenn ich schon noch etwas wünschen soll, so mache auch dem Crollanza eine Freude. Er hat da irgend einen armen Priester in der Stadt, ein Pater Guardian, der vor Not nicht aus noch ein weiß und den ich unterstütze. Dem könnte man eine Freundschaft geben.“

„Er soll ein Geldgeschenk haben.“

„Crollanza sagte etwas, daß die Seelforgerstelle an Curer Offizierschule frei sei, das wäre eine dauernde Versorgung für den armen Kerl.“

Hegnberg machte eine ungeduldige Bewegung. „Lison merkte es wohl und ließ sofort den Gegenstand fallen.“

„Aber wie Du willst. Es war nur ein Einfall von mir. Ich bin keine politische Frau, und wenn es Dir nicht gefällt, will ich nie wieder von solchen Dingen sprechen.“

Und mit bezaubernder Anmut verniedelte sie ihn in süße gemeinsame Erinnerungen der Vergangenheit, daß er kaum Zeit fand, dem noch immer wartenden Crollanza sagen zu lassen, er bedürfte seiner nicht mehr.

„Gott, der arme Vater, seit zehn Uhr steht er draußen und jetzt ist's zwei“, sagte Lison in ehrlichem Schreck. „Marr sollte jetzt nett zu ihm sein, ihm haben wir, weißt Du, eigentlich doch das Wiedersehen zu verdanken.“

Da ging Hegnberg mit plötzlichem Entschluß zu dem demütig harrenden Priester selber hinaus und sagte freundlich zu ihm:

„Mein lieber Professor, ich wolle ihm nur noch sagen, daß ich ihn bitten will, mir Vorschläge zu machen. Wir wollen in der Offizierschule einen Seelforger systematisieren...“

nicht wahr, er macht mir Conseil darüber. Ich hatte nur heute vormittag so viel Geschäfte... auch jetzt... er sieht...“

Und er nahm den Arm von Madame Duch, die, gnädig wie eine Königin, dem vor Ehrfurcht erstarbenden Manne Gottes die Hand zum Kusse reichte und dann durch das Spalier der sich bückenden Lakaien hinabtraufte zu ihrer Sänfte.

Mit einem letzten Lächeln nahm sie Abschied von Sigismondo: „a nouve heure“, flüsterte sie.

Um sieben Uhr kam nämlich bereits Moratovich.

V.

In dem behaglichen Studierzimmer des Dr. Widmont war das in der Ecke stehende Stuehlchen prächtig wünderliche Schatten auf die zwei Männer, die bei dicht verhängten Fenstern unter der neuen Decklampe saßen, die der Professor als eifriger Freund aller Neuerungen vor kurzem aus England erhalten hatte. Es war ein Bettlerjunge gekommen. Draußen rüttelte der Wind an den Läden, schwere Tropfen klatschten gegen die Fenster und trotz der frühen Abendstunde lag schon der schwere Mantel der Nacht über der Stadt.

Drinnen aber war es behaglich. Der greise Gelehrte und sein Gast hüllten sich in Rauchwolken mächtiger Pfeifen, vor ihnen schimmerte goldigbrauner Rauch in blühenden Gläsern und sein feiner Duft strömte lodend über des Zimmers wunderlichen Hausrat.

Trotzdem waren die beiden nicht wohlgenut. „Nein, das hast Du nicht gut gemacht, daß Du Anall und Hall aus Deinem Amt gelassen bist. Man muß ansharren auf jedem Posten, auf den man das Leber stellt, bis zum Äußersten und wenn Dir auch der hochmütige Moratovich nicht wohl will und Dir eine Demütigung zugebacht hat — versch' Dich auf seinen Standpunkt und sag mir, wie Du gesprochen und gehandelt hättest. Es ist nur eine Art, die Dich das nicht ertragen ließ.“

„Freilich hab' Ihr recht, Onkel Cornelius“, nickte mühsam der junge Mann, „aber wenn ich einmal diese Artung von der Natur mitbekommen habe, kann ich es eben nicht ertragen; und anherdem, Geschehenes läßt sich jetzt nicht mehr ungeschehen machen. Es kommt wohl sogar noch schlimmer.“

(Wortl. folgt.)

holt der Rede um Rat gefragt wurde. Selbst wenn sie die Rede gebilligt hätten, und das tun sie nicht, hätten sie es grundsätzlich für richtig gehalten, daß sie in London und nicht in Paris gehalten worden wäre. Die konservative Partei im Unterhause sieht der Rede, die mehrere ihrer Mitglieder als deutsche Propaganda bezeichneten, feindselig gegenüber. Man fürchtet, daß sie in den Vereinigten Staaten und in den neutralen Ländern eine schlechte Wirkung haben werde.

Nach dem „Auenue Rotterdamischen Courant“ schreibt die „Times“ über die Pariser Rede des Premierministers: Sein Ziel ist in jeder Beziehung verständlich. Die Alliierten können nicht hoffen, die Einheitlichkeit des Oberbefehls zu erreichen, die Deutschland erreicht hat. Aber unser gesunder Verstand legt uns die Pflicht auf, diesem Zustande möglichst nahe zu kommen. Viel weniger verständlich ist die Ueberstürzung über frühere Ereignisse, mit der der Premierminister seine Argumente stützt. Entnützende Mitteilungen müssen durch Tatsachen ersetzt werden, und die Tatsachen sind in diesem Falle keineswegs so ungünstig, wie Lloyd George sie darstellen wollte.

„Daily Mail“ schreibt, die Rede hat die Vorzüge und die Gebrechen einer seiner berühmtesten Reden der Vergangenheit. Aber es hätten dort viele Stellen ungedrückt werden müssen, weil sie unverständlich waren oder nur eine Ansicht wiedergaben, nicht Tatsachen. Schon hören wir, daß insolge dieser unvorsichtigen Worte im Unterhause Unheil gebracht wird. In den Wandlungen verläutet, daß Aquilid Blut sehen will. Der alte Mann schneit sein Messer und es heißt, daß er eine seiner großen parlamentarischen Schaufstellungen zum besten geben will.

„Daily Telegraph“ schreibt: Die einfache Tatsache ist die, daß ein Versuch unternommen wird, die Regierung Lloyd George zu stürzen. Es gibt aber keine andere Möglichkeit, als daß Lloyd George an der Spitze des Kabinetts steht, wenn man nicht Unheil verursachen will.

„Westminster Gazette“ (Liz.) schreibt, man müsse vor allem jeden Soldaten oder Staatsmann im Auge behalten, der alles, was schief geht, anderen in die Schuhe schieben will, und der so tut, als ob er eine einfache und rasche Lösung gefunden haben würde, wenn er die ganze Nacht in der Hand gehabt hätte.

Vor der Debatte im Unterhaus.

Aquith fragte am Dienstag den Vertreter der Regierung, Bonar Law, im Unterhause, ob Lloyd George der Sitzung beiwohnen werde, damit er bekanntgeben könne, wann er über die sehr wichtigen Punkte, die er in seiner Pariser Rede berührt habe, eine Erklärung abgeben würde. (Beifall.)

Bonar Law antwortete: Lloyd George ist schon zurückgekehrt, und ich bin überzeugt, daß er Aquiths Ersuchen sofort nachkommen wird. — Weiter sagte Bonar Law, er nehme an, Aquith werde nicht verlangen, daß morgen schon darüber beraten würde.

Aquith: Wenn Lloyd George schon morgen die Erklärung abgeben kann, ist es um so besser. Ich will ihn fragen, wann er die Ausführungen machen kann; wenn er das tut, glaube ich, daß das Haus darüber zu verhandeln wünschen wird.

Amsterd., 14. November. Aus London wird gemeldet: Heute Abend wird Lloyd George im Unterhause eine Erklärung über die Meinungsverschiedenheiten abgeben, die bezüglich des neuen interalliierten Stabes und der Auslassung des Ministerpräsidenten in seiner Rede in Paris entstanden sind; dabei werde auch Gelegenheit zur Debatte über diese Fragen gegeben werden.

Italien und der Entente-Kriegsrat.

Cadorna lehnt ab.

Paris, 13. November. (Havas.) „Temps“ teilt mit, daß General Cadorna das Anerbieten, Italien in dem gemeinsamen Generalstab der Alliierten zu vertreten, abgelehnt habe. Der militärische Vertreter Italiens sei noch nicht offiziell bestimmt.

Wir machten schon darauf aufmerksam, daß vor Wochenfrist, als die „Agenzia Stefani“ über das Ergebnis der Konferenz von Rapallo berichtete, von Cadornas Teilnahme als von einer beschlossenen Tatsache geredet wurde. Ein Widerspruch des abgelehnten italienischen Heerführers erfolgte damals nicht. Daß er jetzt ablehnt, legt die Vermutung nahe, daß zwischen Italien und der Entente inzwischen irgendwelche Meinungsverschiedenheiten vor absehbarer Wirkung ausgetauscht sind. Indessen fehlen dafür greifbare Inhaltspunkte.

Das Mandat der „Hochverräter“.

Kramarsch und Surival.

Wien, 14. November. Der Immunitätsausschuß behandelte die Anträge betreffend die Gültigkeitsklärung der Mandate der gewissen Abgeordneten Kramarsch, Surival und Genossen. Bei der Abstimmung über die Anträge des Berichterstatters, das Mandat Surival als zurecht bestehend zu erklären und den Präsidenten des Abgeordnetenhauses aufzufordern, ihn zu den Sitzungen des Hauses einzuladen, stimmten 8 gegen 8. Der Obmann, Lischke-Budvaj, stimmte zugunsten des Antrages, sodas er angenommen wurde. Der Antrag auf Gültigkeitsklärung der Mandate Kramarsch und der übrigen tschechischen Abgeordneten, die ihre Mandate verloren haben, wurden abgelehnt. Der Antrag des Sozialdemokraten Kieger, die Regierung aufzufordern, für die erledigten Mandate sofort Ersatzwahlen auszusprechen, wurde mit 11 gegen 6 Stimmen angenommen.

(Selbstverständlich werden die beiden „Hochverräter“ nun wiedergewählt werden.)

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 13. November. Neue U-Boot-Erfolge im Sperrgebiet um England:

17 000 Br.-Reg.-T.

Unter den vernichteten Schiffen befand sich ein großer englischer Dampfer vom Aussehen des Dampfers „Saxonia“ (14 297 Tonnen).

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Kleine Kriegsnachrichten.

England beschlagnahmt russische Schiffe. Nach der „Kowoja Schip“ wurden 13 Schiffe des russischen Handelsflotten, die bisher den Kriegsgütertransport von Amerika nach Archangel versahen, ohne vorherige Anfrage bei der Wecherei von der englischen Admiralität requiriert. Das Blatt fügt der Meldung hinzu: Nach der Behandlung, die die englischen Kapitäne den

russischen Matrosen zuteil werden ließen, kann man auf deren Aufnahme in England schließen.

Verlängerung der Unterhausferien. Laut „Daily Telegraph“ wird dem Unterhause ein Gesetz vorgelegt, durch das die Dauer des Parlaments bis zum 30. Juli 1918 verlängert werden soll.

Tirpich in München.

Ist die „Vaterlandspartei“ parteipolitisch neutral?

Der Vorsitzende der sogenannten Vaterlandspartei, Herr v. Tirpich, tritt nur selten als Redner vor die große Öffentlichkeit, man darf darum aber nicht glauben, daß er für seine Sache nicht tätig sei. Er hat dieser Tage eine Reise nach München unternommen und dort, in Gemeinschaft mit dem Grafen Karl Stolberg-Wernigerode, verschiedene politische Persönlichkeiten besucht, um für seine Sache Propaganda zu machen. Der Reichskanzler v. Hertling, Graf Preussing und der Erzbischof von München waren die ersten, die ausforn genommen wurden, und auch andere Herren haben die Auszeichnung einer Unterredung mit dem Vater der Vaterlandspartei gehabt. Da war nun, wie man uns aus München berichtet, das Erstaunen darüber allgemein, mit welcher Offenheit Herr v. Tirpich erklärte, gerade auf die innere Politik komme es am meisten an, es gelte für die Vaterlandspartei, der demokratischen Entwicklung entgegen zu wirken.

Sie würden an der Richtigkeit dieser Meinung zweifeln, wenn Sie uns nicht von unbedingt zuverlässiger Seite zuginge. In der Öffentlichkeit behauptet die „Vaterlandspartei“ doch stets mit größter Feilheit, in die innere Politik mische sie sich nicht ein, sie sei parteipolitisch neutral. Vielleicht lassen die Aufrichtigkeiten des Herrn v. Tirpich hoffen, daß in Zukunft auch in der Öffentlichkeit das unwürdige Versteckspiel aufgegeben wird. Jedermann sieht doch, daß sich in dieser Partei, von einigen treudeutschen Parabol-Liberalen abgesehen, die reaktionärsten Elemente des Landes einstellbilden geben. Möge man also das Maskenspiel aufgeben und bei demokratischem Verammlungs-Vier seine anderen Reden halten als bei Münchener aristokratischen 3-Uhr-Tees!

Auf einer Versammlung in Kolberg hat ein anderer hervorragender Führer der Vaterlandspartei, Generalleutnant v. Kluge, nach dem „S. L.“ folgendes Bekenntnis abgelegt:

„Einige Parteien wollen die augenblickliche Demokratie der Reichs fordern; diesem Unheil will die Vaterlandspartei entgegenwirken, das ist ihr einziger Zweck.“

Damit ist auch der letzte Zweifel an den parteipolitischen reaktionären Zielen der „Vaterlandspartei“ beseitigt.

Für Einberufung des Reichstags.

Die Fraktion der „Unabhängigen“ hat laut „Leipziger Volkszeitung“ an den Reichstagspräsidenten das Ersuchen gestellt, den Reichstag sofort einzuberufen. Begründet wird dieses Ersuchen mit dem Friedensangebot der Bolschewiki und den Gerüchten von einer Aufteilung der besetzten Gebiete Rußlands zwischen Preußen und Oesterreich-Ungarn.

Die Berliner und die Wiener Regierung haben mittlerweile schon erklärt, daß diese Gerüchte nicht zutreffend sind und daß keine Tatsachen geschaffen werden sollen ohne Mitwirkung der Parlamente. Eine zustimmende Erklärung zum Friedensangebot der Bolschewiki wollen sie sich aufsparen, bis es sich zeigt, daß die augenblicklich zur Macht gelangte Gruppe wirklich die Regierungsgewalt ausübt und bis sie mit einem offiziellen Angebot hervortritt. Das sind Gründe, die den Zusammentritt des Reichstags etwas weniger dringlich erscheinen lassen, allerdings bleibt der angelegte Termin, den 20. November, reichlich spät.

Der Reichstag tritt programmäßig am Donnerstag, den 20. November, zu einer neuen Tagung von etwa zweiwöchiger Dauer zusammen. Nach der Meldung einer politischen Korrespondenz legt der neue Reichskanzler Wert darauf, sich so früh wie möglich dem Parlament vorzustellen und das Programm seiner inneren und äußeren Politik bekanntzugeben. An seine Ausführungen dürfte sich eine mehrere Tage dauernde Debatte anschließen. Dem Reichstag wird eine Vorlage unterbreitet werden, die einen neuen Kriegskredit von 15 Milliarden Mark fordert. In Aussicht gestellt sind ferner das Arbeitskammergesetz und mit ihm gewisse Erweiterungen der Sozialversicherungsrechte. Die Arbeitskammern sollen möglichst rasch eingeführt werden, damit sie in Preußen Vertreter in das neue Herrenhaus entsenden können. Die Steuerpläne sind zur Besprechung im Reichstage noch nicht reif, ebenso kommt der Haushaltsplan des Reichs für 1918 jetzt noch nicht zur Vorlage, sondern erst im Januar. Erwartet werden schließlich noch die bereits angekündigten bevölkerungspolitischen Vorlagen, die dem Geburtenrückgang entgegenwirken sollen. Auch einem Gesetzentwurf zur Teilung der Kaiserreichstagswahlkreise steht man entgegen. Nach ihm soll die Zahl der Reichstagsabgeordneten um etwa 30 vermehrt werden.

Die sächsische Thronrede.

Ankündigung der Landtagsreform.

In Dresden fand am Mittwoch im Residenzschloß die feierliche Eröffnung des ordentlichen Landtages durch den König statt. Die vom König verlesene Thronrede gedenkt zunächst dankbar der Kämpfer draußen, und behandelt sodann die Ernährungsfragen. Weiter heißt es: Die Bestimmungen der Verfassung über die Zusammensetzung der Ersten Kammer ständen nach Heberzeugung der Regierung nicht mehr pälig im Einklang mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes. Es werde dem Landtage eine Gesetzesvorlage zugeben, durch die eine dieser Entwicklung, insbesondere dem Charakter von Handel, Industrie und Gewerbe Rechnung tragende Veränderung in der Zusammensetzung der Ersten Kammer vorgeschlagen werde. Hoffentlich werde es trotz der zu überwindenden Schwierigkeiten gelingen, ein Einvernehmen über diese wichtige Neuerung zum Segen des Landes herbeizuführen. Auch die Landtagsordnung bedürfe in mancher Hinsicht der Abänderung und Ergänzung, worüber ebenfalls ein Entwurf dem Landtage zugehen werde.

Nach dieser Ankündigung wird man keine großen Hoffnungen über den Wert der kommenden Reform hegen dürfen. Heber das in Sachsen bestehende Pluralwahlrecht schneigt die Thronrede völlig.

Helfferichs Abschied.

„Gefeiht gegen Trommelfeuer.“

Anlässlich seines Abscheidens aus dem Reichsamt des Innern hielt Dr. Helfferich vor versammelten Beamten eine Abschiedsrede, aus der wir folgende Sätze festhalten wollen:

Trotz aller Kritik, trotz aller Anfeindung, die mir in dem von mir geleiteten Amte in so reichem Maße zuteil geworden ist, bleibe ich mit Stolz und Befriedigung auf die gemeinsam mit Ihnen geleistete Arbeit zurück. Ich weiß, daß Sie, die leidenschaftlichen, die nicht zu täuschende, die innere Gedächtnis dieses Krieges und namentlich die Geschichte unserer Kriegsmittels

mit helleren Augen sehen und mit gerechtem Griffel schreiben wird, als es heute unter dem Druck des Tages und in der Erregung des Parteilampes den meisten unserer Zeitgenossen möglich ist.

Auf die an ihm geübte Kritik näher eingehend fährt Helfferich dann fort:

Das hat uns in der Vergangenheit nicht angefochten und wird Sie, meine Herren, die Sie hier weiterarbeiten, auch in Zukunft nicht irre machen. Dies Bewußtsein der Pflichterfüllung bis zum Ankerhaken mag Sie auch künftig über Widerwärtigkeiten des Tageslebens hinwegtragen, wie es mich gefest hat gegen das Trommelfeuer, dessen Gegenstand ich in den Tagen vor der Bewilligung meines Abschieds gewesen bin.

Ich gebe von Ihnen als aufrechter Mann, wie ich gekommen bin, in dem ruhigen Gefühl, daß ich jedermann, ob Freund oder Gegner, frei und klar in die Augen sehen kann.

In seiner Erwidrerungsrede fiel es Staatssekretär Wolffrat dann ersichtlich schwer, noch stärkere Lobesworte für Herrn Helfferich zu finden.

„Ein paar Wochen mehr Krieg.“

Alldeutsche Wertung der Menschenopfer.

Bisher haben die alldeutschen Wortführer bestritten, daß zur Erreichung ihrer Kriegsziele eine Verlängerung des Krieges notwendig wäre. Jetzt aber finden wir ein offenes Zugeständnis aus der Feder eines Alldeutschen, der zugibt, daß von dem Zeitpunkt, an dem die Gegner zu einem Verständigungsfrieden bereit wären, bis zu ihrer Niederwerfung doch noch einige Zeit vergehen würde. Es ist Prof. Dr. Hans Reiherr v. Liebig, der dies in der „Deutschen Zeitung“ mit Offenheit ausspricht. Aber er tröstet sich damit, daß es sich um eine Kriegsverlängerung von „nur“ zwei bis drei Monaten handeln würde. Herr v. Liebig schreibt:

Ohne Murren würde sich das arbeitende, von den richtigen Männern richtig aufgeklärte Volk die Kriegsverlängerung um zwei bis drei Monate — um längere Zeit kann es sich niemals handeln — hinnehmen; ein Volk, das 3 1/2 Jahre hindurch so herrlich geleistet, ohne Aussicht auf andern Lohn als das Bewußtsein, das Vaterland verteidigt zu haben, sollte zurückschrecken vor ein paar Wochen mehr Krieg, wenn ihm vertrauenswürdige Führer als Lohn dafür ein größeres und reicheres Deutschland verheißen? Wäre es nicht Schmach, daran zu zweifeln?

Herr v. Liebig hätte sich die Antwort hierauf am vergangenen Sonntag holen können, wenn er die Protestversammlung der Kriegsbekämpfenden und ehemaligen Kriegsteilnehmer besucht hätte. Dort erklärte der Vorsitzende der Kriegsteilnehmerorganisation unter dem stürmischen Beifall seiner Feldzugskameraden folgendes: Wer jemals draußen das Bild eines Schlachtfeldes gesehen hätte, der müßte ein Teufel sein, wenn er die Fortführung des Krieges auch nur um einen Tag länger befürwortet, als zur Verteidigung Deutschlands notwendig ist. — Rein, das Volk, das dreieinhalb Jahre lang sein Vaterland verteidigt hat und weiter verteidigt, wird auch nicht einen einzigen Tag Kriegsverlängerung hinnehmen, der nicht der Landesverteidigung, sondern den alldeutschen Eroberungszielen dient.

Classche Verzweigungsoffensive.

Während sonst die Blätter der Rechten schmeichelig darüber jammern, daß die Mehrheitsparteien den inneren Frieden Deutschlands gefährden, bläst der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claj, in schmetternden Tönen zur alldeutschen politischen Offensive auf der ganzen Linie. In einem Artikel „Politischer Angriffsgedanke“ legt Claj dar, daß „vorkünftig Herr Scheidemann in der Heimat Sieger geblieben ist“. Aber wie ist es möglich — fragt Claj —, den jetzigen Inhabern der politischen Macht den endgültigen Sieg zu entreißen? Dazu bedarf es „des Erwachens und Wirkens des politischen Angriffsgedankes“. Und nun mustert Herr Claj seine Sturmtruppen. Aber ach, es ist traurig um diese bestellt! Den Konservativen und der Reichspartei rät Herr Claj zur Angriffstaktik, weil diese so wie so „politisch kaum mehr etwas zu verlieren haben“. Von den Nationalliberalen, der Volkspartei und dem Zentrum hofft Herr Claj Teile abzusprenken, namentlich rechnet er damit, die Nationalliberalen im preussischen Landtag in einen Gegenlag zur Reichstagsfraktion zu bringen. Das bezieht sich offenbar auf die preussische Wahlrechtsvorlage, und hier laßt man Herrn Claj dankbar sein, daß er rechtzeitig die alldeutschen Wachenschaften enthält. Als weitere Bundesgenossen ruft Herr Claj noch auf die Parteilosen und den — Partikularrismus, der sich im Bundesrat verhangen soll. Claj schließt mit den Worten:

Das Vaterland ist in Gefahr, die Arone in Rot. Wer dies erkennt und gesehen hat, wie alle Mittel der bisherigen Politik versagt haben, der wird entschlossen endlich zu dem übergeben, das längst hätte angewandt werden müssen: zum politischen Angriff.

Wir sehen dem Ansturm des Claj'schen Desperadohauses mit Ruhe entgegen. Mit Truppen solcher Moral magt man keine italienische Offensive.

Burgfriedens-Stadtverordnetenwahl in Köln. Die Stadtverordnetenwahl der dritten Abteilung in Köln, die am Montag unter dem Zeichen des Burgfriedens vollzogen wurde, brachte der Sozialdemokratie einen glänzenden Erfolg. Es waren nach dem Abkommen auf getrennten Listen fünf Zentrumskandidaten und zwei Sozialdemokraten zu wählen. Auf die Zentrumskandidaten, auf welcher der Führer des herrschenden Kölner Rathhouszentrums, Justizrat Königs stand, entfielen rund 3500 Stimmen, während die Genossen Gaas und Tollmann über 5200 Stimmen erhielten.

Letzte Nachrichten.

Aufruf des russischen Armeekomitees.

Wien, 14. November. Aus dem Kriegspressequartier wird folgender Aufruf mitgeteilt:

Russisches Hauptquartier, am 14. November, 8 Uhr 30 Min. vormittags.

An alle im Namen der sofortigen Liquidierung der Krise, des erfolgreichen Kampfes gegen die Anarchie, des Zusammenflusses aller demokratischen Kräfte gegen das Anwachsen der Gefahr von rechts und der Erhaltung der Ruhe und der Einigkeit an der Front: Unterstützt das Allgemeine Armeekomitee in der Bildung einer einheitlichen Regierung, in der Zusammenfassung von Antinational-Sozialisten bis einschließlich der Bolschewiki, aber auf der Grundlage der unverzüglichen Einberufung der Versammlung gebenden Versammlung, des sofortigen Vorschlags eines allgemeinen Friedens und der Uebergabe des Bodrus an die Bodenkomitees!

Der Vorsitzende des Allgemeinen Armeekomitees, Berckestow, Hauptquartier.

Die Lohnbewegung der Eisenbahner.

In Massen strömten am Dienstagabend die Eisenbahnarbeiter nach dem Lehrerbereinssaal, wo der Deutsche Eisenbahnerverband eine öffentliche Versammlung einberufen hatte.

Der Referent, Verbandsvorsitzender Brunner, ging davon aus, daß die letzte Teuerungszulage von 10 Proz. den Eisenbahnern keineswegs genügen und eine Versammlung am 11. Oktober des-

halb eine gleichmäßige Erhöhung der Stundenlöhne um 25 Proz.

forderte. Nicht nach der Lohnhöhe sollte die Teuerungszulage abgemessen werden, da ja die am niedrigsten entlohnten Arbeiter schwerer unter der Teuerung leiden als ihre etwas besser bezahlten Kollegen. Wie der Referent weiter ausführte, sind die geringsten Löhne ja verhältnismäßig etwas mehr aufgebessert worden, als die höheren Löhne, aber die Aufbesserung ist durchaus nicht genügend und trägt den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen in keiner Weise Rechnung. Einschließlich der bis zum 1. Juli gewährten Zulagen beträgt nach den amtlichen Lohnlisten der Anfangslohn in Berlin (das zur höchsten Lohnklasse gehört) für ungelernete Arbeiter täglich 4,20 Mark und erreicht nach 12-jähriger Weiskästung die Höchstgrenze von 5,40 M. Gelernete Arbeiter erhalten einen Anfangslohn von 5,50 M. und einen Höchstlohn von 6,70 M. In der niedrigsten Lohnstufe, zu der die kleineren Orte gehören, beträgt der Anfangslohn der ungelerneten Arbeiter jetzt noch 3,30 und der Höchstlohn 4,50 M. Die Eisenbahner sind mit diesen Löhnen nicht zufrieden und können es angesichts der immer noch steigenden Teuerung auch nicht sein. Eine vom

Trier-Berliner Verband

einberufene Versammlung hat sich zwar mit der letzten Zulage befriedigt und die Lohnbewegung als beendet erklärt. Zu diesem Standpunkt konnte die Versammlung nur deshalb kommen, weil ihr die Zeitung jenes Verbandes gesagt hatte, die Lohnhöhe betrage bis 30 Proz. Diese Angabe ist aber falsch, denn selbst die auf die niedrigsten Löhne gewährten Zulagen, die 50—70 Pf. pro Tag betragen sollen, machen lange nicht 30 Proz. des Lohnes aus. Der Trier-Berliner Verband hat ja auch eine Kommission zum Minister geschickt, die sich als Vertretung der gesamten Eisenbahner ausgab. Dazu hat weder jener Verband noch seine Kommission ein Recht, denn nicht auf seiner, sondern auf unserer Seite steht in dieser Lohnbewegung die große Mehrheit der Eisenbahner. Dem Vorgehen unseres Verbandes ist es anzuschreiben, daß den Eisenbahnern nach dreijähriger Kriegsdauer endlich bescheidene Zulagen bewilligt wurden. Hätte nicht der Trier-Berliner Verband durch seine verkehrte Taktik unsere Bewegung durchkreuzt, so würden wir mehr bekommen haben. Für die hinter unserem Verband stehenden Eisenbahner — und das ist die große Mehrheit — ist die Lohnbewegung noch nicht beendet. Wir betrachten die bis jetzt bewilligten Zulagen nur als eine Abschlagszahlung auf unsere Forderung einer allgemeinen Lohnerböschung von 25 Pf. für die Stunde. An dieser Forderung halten wir fest und bestehen auf ihrer Verwirklichung.

Durch stürmischen Beifall und lebhafteste Zustimmungskundgebungen gab die Versammlung zu erkennen, daß sie mit dem Referenten vollkommen einverstanden ist. Auch in der sehr bewegten

Diskussion

kam das zum Ausdruck. Ein Redner führte aus, daß die

reklamierten und vom Militär abkommandierten Arbeiter im Lohn schlechter gestellt sind als die übrigen Eisenbahnarbeiter.

Zu stürmischen Auftritten kam es, als Niedel, der Vertreter des Trier-Berliner Verbandes, in die Debatte eintritt und das vom Referenten kritisierte Verhalten jenes Verbandes zu verteidigen suchte. Die Versammelten gaben Herrn Niedel deutlich zu verstehen, daß sein Verband und seine Taktik hier nicht auf Sympathie zu rechnen hat.

Folgende

Entscheidung

wurde einstimmig angenommen:

Die Versammlung erkennt an, daß der Preussische Eisenbahnminister bei der neuesten Lohnerböschung in Uebereinstimmung mit den Bestrebungen des Deutschen Eisenbahnerverbandes den Grundsatz der einheitlich gleichmäßigen Prozentzulage verlassen hat.

In den höher bemessenen Zulagen für die schlechtest bezahlten Arbeiter erblickt die Versammlung einen Fortschritt in der Richtung nach Einführung von Mindestlohnlöhnen entsprechend dem jeweiligen Wirtschaft- und Teuerungsverhältnis.

Die Lohnaufbesserung muß jedoch im allgemeinen als unzureichend bezeichnet werden, denn auch nach dieser Zulage entspricht das Lohnneinkommen der Staatsbahnarbeiter nicht den Anforderungen der Lebenshaltung und dem Lohnstande der gewerblichen Arbeiter, der selbst vielfach als zu niedrig bezeichnet wird. Die Kriegsteuerung ist nicht nur für die Arbeiter in den Großstädten und Industriezentren außerordentlich fühlbar, sie lastet ebenso auf den Arbeitern in Mittel- und Kleinstädten, weil sich die Teuerung nicht lediglich auf Nahrungsmittel, sondern auf alle notwendigen Gebrauchsgegenstände erstreckt und letztere infolge des gesunkenen Geldwertes für Arbeiter in ländlichen Bezirken mit ihrem geringen Lohnneinkommen oft unerschwinglich sind.

Die Versammlung erklärt, daß die Lohnpolitik der Preussischen Eisenbahnverwaltung in der Richtung nach Festlegung von Mindestlöhnen weiter zu verfolgen ist und betrachtet einen Tagesverdienst von fünf Mark ausschließlich der Vergütung für Überstunden, Teuerungs- und sonstigen Zulagen für den gegenwärtigen Stand der Teuerung als Mindestlohn, von dem aus die Anfangslöhne in den teureren Städten und Bezirken festzusetzen sind. Gleichzeitig protestiert die Versammlung dagegen, daß eine in Berlin gewählte Kommission sich anmaßt, im Namen der preussischen Eisenbahner über Lohnfragen mit Vertretern der königlichen Eisenbahnverwaltung zu verhandeln. Die Versammlung erwartet, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten künftig der Forderung der überwiegenden Mehrheit der Eisenbahner entsprechend, mit den Organisationsleitungen, als den beauftragten und von den Arbeitern anerkannten Vertretern ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen, über die Regelung der Lohn- und Dienstverhältnisse verhandelt.

Den Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes beauftragt die Versammlung, dem Minister diese Entscheidung zu unterbreiten und mit allen Kräften auf die Verwirklichung der darin enthaltenen Grundzüge und Forderungen hinzuwirken.

Eine zweite Resolution, die gleichfalls angenommen wurde, fordert, daß die nicht ständig beschäftigten Arbeiter (das sind die Reklamierten und Abkommandierten) mit den ständigen Arbeitern im Lohn gleichgestellt werden.

Schwander und Geheimrat Lehmann vom Reichsamt des Innern und die drei genannten Mitglieder der Deputation.

Heyshold legte in längeren Ausführungen die Ursachen dar, die zu dieser Aussprache geführt haben. Er gab der schweren Sorge Ausdruck, die die gesamten Berufsangehörigen bedrückt, weil sie fürchten, daß das Gesetz bis Kriegsende durch gewisse Einflüsse verzögert wird und dann aus dem Grunde, weil man sich nicht im Gewerbe auf das dauernde Nachbaderbot einrichten konnte — eben wegen der Gesetzesverzögerung — die Brotverlorgung gefährdet sei und dadurch notwendigerweise die Nacharbeit wieder eingeführt werden könnte, die man schwerlich wieder los werden würde. Das bedeute für den Bäckerberuf ein Zurückwerfen in mittelalterliche Zustände auf Jahrhunderte hinaus.

Zuletzt konnte er nachweisen, daß die ebedrückende Mehrheit des Berufes, der Arbeitgeber zu mindestens 95 Proz. und der Gesellen zu 90 Proz. von der Nacharbeit nichts mehr wissen will. Außerdem haben sich 90 Proz. der Feldgrauen aus dem Bäckerberufe (Meister wie Gesellen) gegen die Nacharbeit erklärt und für die sofortige reichsgerichtliche Regelung dieser Frage eingeseht.

Staatssekretär Erz. Dr. Schwander führte als Antwort folgendes aus:

„Die Regierung steht nach wie vor auf dem Boden ihres Entwurfes vom September 1915. Es bestand allerdings die Befürchtung, daß sich während des Krieges das Gesetz nicht durchführen lasse. Diese Befürchtung teile ich nicht. Ich bin vielmehr der Meinung, daß dem Gesetz nichts mehr im Wege steht, und ich hoffe, daß es jetzt mit dem Gesetz vorangehen wird. Ich kenne Ihre Gründe gegen die Nacharbeit, kann sie verstehen und bin über dieselben mit Ihnen einer Meinung. Ich hoffe, das Gesetz bald vorlegen zu können.“

Nach freundlicher Verabschiedung ging die Deputation mit dem Bewußtsein, ihren Auftrag im Sinne der Kollegenschaft erfüllt zu haben. Hoffentlich bleibt der Entwurf nun nicht allzu lange bei den Bundesregierungen stehen.

Die Angestelltenbewegung in der A. G. W.

Eine Betriebsversammlung der A. G. W. Angestellten stimmte einstimmig nachstehender Entscheidung zu:

Zwischen den Angestellten der A. G. W. Konzerns sind heute, am 18. November 1917, in den Sophienhallen versammelt und nehmen mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die Generaldirektion der A. G. W. nicht nur die berechtigten Forderungen auf Erhöhung der Teuerungszulage abgelehnt hat, sondern auch zur Begründung der Ablehnung Worte gebraucht, die nur als Verhöhnung der Angestellten aufgefaßt werden können.

Die Angestellten fühlen von Tag zu Tag mehr, wie die Teuerung stetig fortgeschritten ist und wie unerschwinglich die Preise für Lebensnotwendigkeiten aller Art schon heute geworden sind; mit Bedauern wird demgegenüber von der Versammlung festgestellt, daß die A. G. W. Generaldirektion erklären kann, sie habe keine wesentliche Verschärfung der wirtschaftlichen Lage wahrgenommen.

Zu dem Schlichtungsausschuß haben die Angestellten das Vertrauen, daß er mit größerem Verständnis als die Direktion den Bedürfnissen der Angestellten entgegenkommt, und so in letzter Stunde den Weg zu friedlicher Verständigung ebnet.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Nimmlich mild, zunächst vorwiegend trübe mit leichten Regenfällen; später östwärts fortgeschreitende Aufhellung.

Verantwortlich für Politik: Erik Ruttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Engel, Neudamm; für Inserate: H. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Societät Buchdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer & Co., Berlin SW. Preis 1 Blatt und Unterhaltungsblatt.

Bewerkschaftsbewegung

Die Nacharbeit in den Bäckereien.

Empfang der Deputation der Berliner Bäcker im Reichsamt des Innern.

Die Berliner Versammlung am 2. Oktober hatte eine Deputation gewählt, die wegen der allzu langen Verzögerung der Gesetzgebung

des Nachbaderbotes beim Reichsamt des Innern vorstellig werden sollte. Gewählt waren hierzu die Genossen Heyshold, Fetzke und Breitprecher.

Die Umwägung im Reichsamt des Innern hatte den Empfang etwas verzögert. Er fand auf Einladung nunmehr am Dienstag, den 18. November statt. Anwesend waren der Herr Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Graellsen, Dr.

Ein getreues Bild

von der Leistungsfähigkeit unseres Geschäftes vermittelt Ihnen eine Besichtigung unserer zahlreichen, interessanten Schaufenster, die wir Ihnen anempfehlen. Die Vielseitigkeit des Gebotenen, und die hübsche Ausstattung unserer Sachen auch in den niederen Preislagen wird Ihnen dabei vor allem auffallen.



Rönigstr. 33

Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseest. 113

Beim Stehliner Bahnhof

Sonntags geschlossen!